

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER
INGENIEURE • REDAKTEUR D. MEYER

9. JAHRG.

NOVEMBER 1916

11. HEFT

ZUR FRAGE DER DEUTSCHEN AUSZENHANDELS- FÖRDERUNG.

Von Dipl.-Ing. Dr. TH. SCHUCHART, Berlin.

(Schluß von Seite 435)

c) Ausblick.

Nach dem Kriege steht uns die Neuregelung unserer gesamten Auslandsbeziehungen bevor, eine organisatorische Aufgabe von so daseinbestimmender Tragweite, Größe und Plötzlichkeit, wie sie wohl kaum je einem Volke in der neueren Geschichte auferlegt worden ist. Es liegt uns deshalb die zwingende Pflicht ob, noch vor Beendigung des Krieges für den Wiederaufbau unserer Wirtschaftsbeziehungen nach dem Auslande alle irgendwie erforderlichen organisatorischen Vorkehrungen zu treffen, energisch und ohne Zögern an eine gründliche Durcharbeitung aller einschlägigen Fragen heranzugehen und unser Volk als Ganzes auf den neuen weltwirtschaftlich erweiterten Gesichts- und Wirkungskreis einzustellen.

Im Vergleich zu unsern Feinden wird für uns „der Krieg nach dem Kriege“ doppelt schwer sein. Wir müssen nicht nur für den wirtschaftlichen Abwehrkrieg im eigenen Lande gerüstet sein, sondern es gilt auch, die Absatzgebiete wieder zu erobern, auf deren Versorgung wir infolge der Unterbindung des Verkehrs während der Kriegszeit ganz oder teilweise verzichten mußten. Es gilt weiter, sich der, wie man heute schon mit aller Bestimmtheit erwarten kann, gewaltigen Kraftanstrengungen zu erwehren, welche die Feinde und mit ihnen viele der Neutralen, voran die Vereinigten Staaten, auf die Gewinnung neuer Absatzgebiete verwenden werden. Wohin wir sehen: soweit die Nationen überhaupt auf den Welthandel, zumal den in verarbeiteten Waren, angewiesen sind, rüsten sie offen und insgeheim seit langem mit aller Macht. Täglich erkennen wir es mehr, daß wir organisatorisch in einer außerordentlichen Lage sein werden, wenn wir erst wieder an die Aufnahme von geregelten Handelsbeziehungen, insbesondere nach Übersee, denken können, in einer Lage, die in Anbetracht ihrer überwältigenden Größe ohne Zweifel auch außergewöhnliche nationale Maßnahmen erfordert.

Es ist ein Zeichen deutschen Ernstes, wenn wir für alle jene Dinge, die auf wirtschaftlichem Gebiete außerhalb unseres Landes vorgehen, auch in den Stürmen des Krieges die Augen offen behalten haben. Unzählige sind sehend geworden, die ehemals interesselos den Fragen unserer nationalen Weltwirtschaft gegenüberstanden. Die Anschauungen über unsere wirtschaftliche Stellung in der Welt haben sich in allen Schichten unseres Volkes durch den erziehlchen Einfluß des Krieges geweitet und vertieft. Aus zahlreichen Quellen ist der Gedanke der nationalen Außenhandelsförderung bei uns aufs neue bereichert und befruchtet worden. Praktische Vorschläge, die sich auf die Gesamtorganisation unserer nationalen Wirtschaftsinteressen nach innen und außen beziehen, sind in dem Meer drängender Zeitprobleme allenthalben gereift. Zu ihrer Beurteilung ist es notwendig, sich die Erkenntnis vor Augen zu halten: Wenn wir Neues gelernt haben und Besseres auf lange Sicht schaffen wollen, sollen wir unverzüglich den zeitgemäßer Erkenntnis entsprechenden Neuaufbau beginnen. So schwer auch der Bruch mit dem Herkommen sein mag, so dürfen wir selbst in dieser kritischen Zeit, ist erst einmal das Richtige erkannt, auch vor ihm nicht zurückschrecken. Da die Zeit nach dem Kriege gebieterisch die Ersparnis an Kräften auf allen Gebieten verlangt, sollten wir aber andererseits bei jenem Neuaufbau ganz besonders darauf bedacht sein, das Bestehende und Bewährte in den Rahmen des neu zu Schaffenden nutzbringend einzufügen und zu entfalten.

Um dies tun zu können, müssen wir uns über den innersten Kern der organisatorischen Schwierigkeiten des Neuaufbaues vollkommen klar sein. Wir wissen, alle deutschen Erneuerungsversuche der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiete der Außenhandelsförderung litten an der praktisch unbefriedigenden Lösung der Frage: Wie ist es möglich, Staats- und Wirtschaftsleben bei der äußeren Wirtschaftspolitik zu einem stetigen, systematischen und organischen Wirken zusammenzuführen? Welches sind weiter die Wege, die für einen organisatorisch befriedigenden Zusammenschluß aller Träger des heimischen Wirtschaftslebens in Sachen des Außenhandels heute gangbar erscheinen?

1. Neue Bestrebungen zur Verbesserung der Reichswirtschafts-Verwaltung.

Mannigfache Wege sind zur durchgreifenden Verbesserung der Reichswirtschafts-Verwaltung empfohlen, deren Leitung sich bisher auf zahlreiche, verschiedenen Ministerien angehörende Sonderstellen verteilt.

In diesem Zusammenhang sind die neuerdings wieder in den Vordergrund getretenen Bestrebungen zu erwähnen, die auf die Änderung der verfassungsmäßigen Vertretung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen innerhalb der Reichsverwaltung hinauslaufen. Sie haben die Errichtung eines Reichswirtschaftsamtes zum Ziele, die Vereinigung aller einschlägigen staatlichen Tätigkeit in einer dem Reichskanzler unmittelbar verantwortlichen neuen Zentralstelle, d. h. die Errichtung eines neuen Staatsministeriums für Handel, Industrie und Schiffahrt¹⁾. Sprechen für die Verwirklichung dieses Planes schon gewichtige verwaltungstechnische Gründe, wie z. B. die bisher

erschwerte Aktionsführung in wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landes, so ist es zum andern die im neuen Zeit- und Wirtschaftsstil erforderliche Anerkennung des wirtschaftlich-organisatorischen Schwergewichtes, die diese verwaltungsmäßige Verselbständigung und Zusammenfassung unter Umständen erwünscht erscheinen läßt. Der neu geprägte, unendlich verfeinerte Stil der Wirtschaftstechnik verträgt sich nicht mehr mit einer zersplitterten und bürokratisch geführten Verwaltungstätigkeit der Zentraleitung. In ein Reichswirtschaftsamt gehören deshalb vor allem Leute, die, mit der Technik neuzeitlicher Arbeitsmittel und Verfahren vertraut, sich im geschäftlichen Leben in verantwortlicher Stellung bewährt haben: Kaufleute und Techniker, die den verschlungenen Beziehungen des Wirtschaftslebens als Männer der Erfahrung und des Fachwissens nachzuspüren, den Pulsschlag der Zeit unmittelbar zu fühlen und zu beurteilen vermögen. Das Reichswirtschaftsamt verlangt zumal für die Behandlung von Außenhandelsfragen die Schaffung eines Beamtentyps, der in unserer heutigen Staatsverwaltung noch nicht vorhanden ist. Im großen Rahmen einer solchen zentralen, beweglichen und sachkundigen Organisation würden sich voraussichtlich die Beziehungen zwischen Regierung und Wirtschaftsleben auch in Fragen des Außenhandels und seiner Förderung viel enger und fruchtbarer gestalten lassen, als es bisher möglich war.

Mit Bezug auf den Außenhandel und seine Förderung hat man im Rahmen dieses Zieles neuerdings auch organisatorisch weiter gedacht. Dabei suchte man aus den Erfahrungen der früher mißglückten Organisationsversuche die Lehre zu ziehen. Professor Dr. Apt hat jüngst die Schaffung eines Außenhandelsamtes angeregt, das den Mittelpunkt aller den Außenhandel fördernden nationalen Bestrebungen darstellen soll, also auch den Wirtschaftsnachrichtendienst vom Auslande mit umfaßt²⁾. Dieses Amt soll auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage errichtet werden, d. h. die Kosten sollen zum Teil von den heimischen Wirtschaftskreisen, zum andern von der Reichsregierung getragen werden. Beiläufig rechnet Apt darauf, daß erstere eine Jahreszuwendung von 1½ Millionen Mark ohne Schwierigkeit aufzubringen vermögen, während der erforderliche Reichszuschuß auf 2 Millionen Mark veranschlagt wird. Bei diesem Amt stellt man sich das Zusammenarbeiten mit dem Reich so vor, daß die ausübende Tätigkeit von kaufmännisch und technisch geschulten Kräften unter der Leitung eines Aufsichtsorganes stattfindet, in dem neben Vertretern aus Handel und Industrie auch Reichsvertreter sitzen. Es soll u. a. Sache des Außenhandelsamtes sein, private Handelssachverständige und Berichtstatter für die Tätigkeit im Auslande anzustellen und ihr Berichtmaterial zu verwerten, zum andern aber soll das Amt mit den amtlichen Vertretungen draußen eine unmittelbare Verbindung pflegen und von ihnen in jeder Weise unterstützt werden. Während man erwartet, die Organisation im Innern vollkommen frei den geschäftlichen Bedürfnissen entsprechend gestalten zu können, soll für die letzten Entscheidungen das Reichswirtschaftsamt als vorgeordnete Stelle maßgebend sein, worauf

1) Vergl. Dr. Johannes März: Der erste Staatssekretär, Berlin 1916, Reichsverlag.

2) Prof. Dr. Max Apt: Außenhandelsamt, Leipzig 1916, Quelle & Meyer.

ja auch schon die Beteiligung der Reichsvertreter an dem vorgesehenen Aufsichtsorgan deutet.

Besonders interessant ist der Vorschlag, die doppelstaatlichen Verbände als solche an dem Aufbau dieses Außenhandelsamtes nicht zu beteiligen. Die Bedenken Apts in dieser Richtung sind durchaus zu würdigen. Sie sind im wesentlichen auf die handelspolitische Betätigung jener Verbände zurückzuführen. Diese führten bisher bei der Behandlung aller Gemeinschaftsfragen zur Zersplitterung³⁾. Apt denkt sich vielmehr Gründung und Beteiligung seiner Organisation ohne Zusammenhang mit den bestehenden Interessenvertretungen von ganz allgemeinen Interessen des gesamten Wirtschaftslebens, also einem neuen großen Wirtschaftsverband, getragen.

Dieser Plan, der viel Verlockendes hat, weil er den Gedanken- und Arbeitsbereich der ganzen privaten außenwirtschaftlichen Betätigung in die Staatsorganisation organisch einzugliedern und modern zu entwickeln trachtet, leidet aber in der Durchführung an Schwierigkeiten, auf die Apt nicht eingeht. So lange die Regierung in die technische Abwicklung der Geschäfte des Außenhandelsamtes eingreift, mit anderen Worten, so lange sie an dem Grundsatz festhält, entsprechend dem Umfange der staatlichen Geldunterstützung über den Rahmen des ausschließlich nationalen Interesses hinaus Einfluß auf die Geschäftsführung des Amtes auszuüben, darf nach bisherigen Erfahrungen wohl kaum eine befriedigende Lösung erwartet werden. Um ihren Aufgaben genügen zu können, bedarf die Geschäftsführung unbedingt freier Beweglichkeit und Selbständigkeit. Nur so kann sie sich die unentbehrliche Verantwortungsfreudigkeit erhalten. Ohne jene Gewähr der Unabhängigkeit im einzelnen besteht die Gefahr, daß aufreibende Kämpfe über Zuständigkeitsfragen die Wirksamkeit eines so organisierten Außenhandelsamtes lähmen, und daß die drängenden Aufgaben der Zeit, die Bereitschaft zu Verantwortlichkeit, Schnelle und Tatkraft erfordern, nur unvollkommen und zögernd angefaßt und gelöst werden.

Aufgabe jenes Außenhandelsamtes würde natürlich auch die Pflege und Entwicklung des Auslands-Wirtschaftsnachrichtendienstes sein. Mit Bezug auf diesen ergeben sich aber noch besondere sachliche Gegensätze: Bei allen Fragen, bei denen sich privatwirtschaftliche und staatliche Interessen zu gemeinsamer Stellungnahme betätigen, bedeutet die Abgrenzung politischer Fragen von den wirtschaftlichen heute meist ein Hemmnis, aus dem sich höchst unerfreuliche Reibungen zwischen der staatlichen und der privaten Betätigung herzuleiten pflegen. Wirtschaft und Politik lassen sich unter deutschen Verhältnissen offenbar auch nicht bei der Organisation des Nachrichtendienstes in einem Körper einigermaßen zuverlässig scheiden.

Betrachten wir z. B. den ausgehenden Nachrichtendienst, der der Natur der Sache nach sich im wesentlichen auf den telegraphischen Dienst erstreckt, so liegt auf der Hand, daß die Wahrnehmung des politischen Teiles dieses Dienstes der maßgebenden Beeinflussung, wenn nicht gar der Leitung durch Regierungsorgane nicht entbehren kann, selbst auf die Ge-

³⁾ Auch andere Sachkenner trauen den doppelstaatlichen Verbänden in ihrer heutigen Form nicht das Vermögen zu, sich auf einer einheitlichen Grundlage dauernd zusammenzuschließen. Vergl. Dr. Borgius: Ein Reichsamt für den Außenhandel? *Wirtschaftszeitung der Zentralmächte*, 30. Juni 1916.

fahr, ihn mit offiziellem Stempel zu versehen. Um hier den allgemeinen wirtschaftlichen Landesinteressen gerecht werden zu können, die ein solcher politischer Dienst technisch nicht unberührt lassen kann, bedürfen jene Regierungsorgane eben unausgesetzt engster Fühlung und tiefer Kenntnis aller Phasen des nationalwirtschaftlichen Innen- und Außenlebens. Diese vermag aber nicht die Lektüre von Zeitungen und Zeitungskorrespondenzen, sondern nur die organische Zusammenarbeit mit der heimischen Wirtschaft selbst zu geben. Die gelegentliche Anhörung eines von der Regierung berufenen Interessentenausschusses, die in ähnlichen Fällen als ausreichend angesehen wurde, kann hier unter den technisch so verwickelten Verhältnissen von heute nicht mehr entfernt genügen. Für die Einrichtung organischer Zusammenarbeit zwischen Regierung und Wirtschaftsleben die geeignete Form zu finden, ist vorläufig bei uns, soweit das Nachrichtenwesen in Betracht kommt, noch Sache des Versuches. Voraussetzung für seinen Erfolg ist das Zugeständnis, die Privatwirtschaftsinteressen an einem derartigen Unternehmen nicht nur finanziell, sondern auch mitbestimmend zu beteiligen. Man muß sich deshalb klar sein: Solange dieser Versuch ergebnislos verläuft, bleibt dem amtlichen ausgehenden Dienst für Dinge des Wirtschaftslebens lediglich die mittelbare Beziehung als Nachrichtenquelle, die gegenüber der unmittelbaren gerade im Nachrichtenwesen ungeheure Nachteile hat.

2. Neue Wege.

a) Die organisatorischen Grundlagen des Sammeldienstes.

Das Rückgrat für die Versorgung der ausländischen Presse mit deutschen Nachrichten ist stets der telegraphische Dienst. Erst im Anschluß an ihn kann sich im Ausland, zumal in Übersee, die briefliche Nachrichtenversorgung einführen. Infolgedessen ist auch der ausgehende Wirtschaftsnachrichtendienst ganz vorzugsweise auf die telegraphische Übermittlung angewiesen.

In Erfüllung der heutigen Bedürfnisse kann ein amtlicher Dienst das gesamte außenwirtschaftliche Interesse des Landes unter deutschen Verhältnissen überhaupt kaum vertreten. Denn dieses Interesse ist seiner Natur nach sehr viel mehr aufs Einzelne gerichtet, es ist weitreichender und sehr viel vielseitiger, als es das der Regierung sein kann. Auch bedarf es technisch einer ganz andern Vertretung und Behandlung. Diese Feststellung läßt es berechtigt erscheinen, den ausgehenden Wirtschaftsnachrichtendienst als solchen in die Hände einer Organisation zu legen, die von vornherein über die engstmögliche Verbindung mit allen Teilen des nationalen Wirtschaftskörpers verfügt und in der Lage ist, mit Sachkunde in allen Fragen auf deren Interessen einzugehen. Sachlich wäre also durchaus nichts dagegen einzuwenden, wenn dieser Dienst ausschließlich einer Gesamtvertretung des heimischen Wirtschaftslebens überlassen würde, solange nur die Gewißheit besteht, daß er von Einzelinteressenpolitik frei ist und ausschließlich nationalen Bedürfnissen dient. Für die Behandlung der Grenzgebiete zwischen Politik und Wirtschaft ließe sich dann bei gutem Willen sicherlich auch mit dem ausgehenden politischen Nachrichtendienst Verständigungsgelegenheit finden und damit eine wenigstens nahezu einheitliche Aktionsführung im nationalen Sinne erreichen.

Auch zu dem kulturpolitischen Aufgabenkreise ließen sich für einen privaten Wirtschaftsnachrichtendienst leicht brauchbare Beziehungen schaffen, da er sich sachlich ohnehin oft schwer vom Wirtschaftspolitischen trennen läßt. Verglichen mit dem ausgehenden politischen, d. h. amtlichen Dienst würden sich die Beziehungen zum kulturpolitischen Gebiet, soweit der Nachrichtendienst überhaupt an ihnen Anteil hat, durch einen privaten Wirtschaftsnachrichtendienst ungleich leichter und vollständiger gewinnen und sich in inniger Verbindung mit ihm mit größerem Erfolge, als es je ein amtlicher Dienst vermöchte, nach außen entfalten lassen.

Die Verselbständigung des ausgehenden privaten Wirtschaftsnachrichtendienstes vom amtlichen ist leider, so erwünscht sie auch aus sachlichen Gründen sein mag, in der Wirklichkeit wegen der überaus hohen Geldmittel nur schwer durchführbar, die eine neuzeitlichen Ansprüchen genügende Versorgung des Auslandes mit Wirtschaftsnachrichten heute erfordert. Sie würde der Privatwirtschaft sehr große Opfer auferlegen. Unlösbar erscheint deshalb die Frage privater Finanzierung noch nicht. Für eine solche Verselbständigung des ausgehenden Wirtschaftsnachrichtendienstes besteht aber unstreitig heute ein nationales Interesse. Daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit, auch hier mit dem bisher bei uns gültigen Grundsatz zu brechen, der lautet: Fiskalische Unterstützung wird nur gewährt bei Sicherung eines den Geldinteressen des Staates materiell entsprechenden organisatorischen Einflusses. Mit anderen Worten: Es ist die Anerkennung der Formel erforderlich, daß der Staat in nationalem Interesse seine Geldunterstützung zur Verfügung stellt mit Verzicht auf alle Aufsichtsrechte, welche über die Sicherung streng nationaler Betätigung des betreffenden Unternehmens hinausgehen.

Was nun die Verhältnisse für den eingehenden Wirtschaftsnachrichtendienst angeht, so liegen diese etwas anders als beim ausgehenden. Die allgemeine telegraphische Berichterstattung spielt hier meistens nicht die überragende Rolle wie beim ausgehenden Dienst⁴⁾. Wird sie auch bei großen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ereignissen unerlässlich sein, so sind doch die Hauptquellen des eingehenden Wirtschaftsnachrichtendienstes die Berichte im Ausland befindlicher eigener Sachverständiger, Vertrauensleute und Zweigstellen, sowie ganz besonders die ausländische allgemeine und Fachpresse. Die Reichsregierung verfügt in ihren amtlichen Auslandsvertretungen längst über einen großen zuverlässigen Apparat, der an sich zur Sammeltätigkeit hervorragend geeignet ist. Daß er nach fachmännischem Urteil vielfacher Verbesserungen bedarf, ist bekannt. Andererseits sind auch die Schwierigkeiten nicht zu übersehen, die bei einer unverzüglichen Neuordnung des Konsulatwesens, insbesondere soweit die Wirtschaftsnachrichtenerstattung in Betracht kommt, bestehen. Mit der Verbesserung des konsularischen Dienstes würde man deshalb wohl in kürzerer Zeit zu einem Ergebnis kommen, wenn man sich mit der Erfüllung gewisser Mindestforderungen vorläufig begnügte, gleichzeitig aber die Änderung des Systemes selbst organisatorisch einleitete. Dies würde sich besonders leicht ermöglichen, wenn man sich in bezug auf den Wirtschaftsnachrichtendienst vom

⁴⁾ Über den eingehenden telegraphischen Wirtschaftsnachrichten-Sonderdienst s. S. 379.

Ausland möglichst bald zu einer Arbeitsteilung zwischen der amtlichen und einer noch zu schaffenden privaten Zentralorganisation verstehen würde.

Sachlich würde sich dies ohne Schwierigkeit bewirken lassen. Das Mittel dazu ist die Begrenzung und Teilung der Arbeitsgebiete. Während die private Organisation sich in erster Linie die Erfüllung der so vielseitigen und besonderen Bedürfnisse der Geschäftswelt angelegen sein lassen müßte, soweit sie fachmännische Beobachtung, Schulung und Erfahrung erfordert, würde die kaufmännische und juristische Auskunfts-tätigkeit des amtlichen Dienstes unter Berücksichtigung seiner besonderen Eigenart nennenswert über ihren bisherigen Umfang hinaus mit Gewinn weiterentwickelt werden können. Auf diese Weise würde die Privatorganisation sehr wirksam entlastet werden. Der amtliche Dienst würde sich so vielleicht auch als Zentralorganisation für Auskünfte allgemeiner Art ausbauen lassen. Dies wäre mit Rücksicht auf die hier bestehende Zersplitterung und auf das Ansehen der Amtstellen sehr zu wünschen. Für den amtlichen Auskunfts-dienst ließen sich ferner weitere fruchtbare Gebiete wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Natur gewinnen und mit guter Aussicht auf Erfolg bearbeiten, Gebiete, die bis heute von uns überhaupt erst notdürftig und gelegentlich bearbeitet wurden. Hierher gehört z. B. der alljährliche Nachweis aller deutschen Firmen im Ausland und ihres Arbeitsgebietes, ferner die Ermittlung der Werte, mit denen in den einzelnen Geschäftszweigen Aus-landfirmen am heimischen Außenhandel, zumal der deutschen Ausfuhr, be-teiligt sind.

Auch die Berichtstätigkeit würde, der neuen Gliederung entsprechend, durch Aussonderung aller Fachgebiete weiter ausgestaltet werden können. Es würde zu empfehlen sein, den amtlichen Auslandsvertretungen hier in erster Linie die Ermittlung und Ausbeutung aller behördlichen Nachrichten-quellen und -materialien ihres Amtsbezirkes anzuvertrauen. Gerade hier fehlt es bisher bei uns noch außerordentlich. Unter diesem Gesichtspunkt wäre auch die Überwachung der öffentlichen Ausschreibungen und die Bericht-erstattung über sie den amtlichen Stellen grundsätzlich zu überlassen, d. h. sie wären für Meldung derselben und rechtzeitige Zuführung der Bedingun-gen an die heimische Geschäftswelt verantwortlich zu machen. Natürlich würde dem übrigens nichts im Wege stehen, daß die Begleitumstände und Ergebnisse dieser Ausschreibungen, soweit sie unsere Geschäftswelt inter-essieren, von den sachkundigen Berichterstattem der privaten Nachrichten-organisation behandelt würden.

Schließlich würde es angesichts der starken Entlastung, die der Konsul durch die Verzichtleistung auf die Berichterstattung über Fachgebiete er-fährt, möglich sein, ihn mit Vorteil auf einem anderen wichtigen Gebiete zur Mitarbeit heranzuziehen, das bis zum Ausbruch des Krieges leider fast vollkommen vernachlässigt worden ist, das sich aber für die Bearbeitung durch den Berufskonsul seiner Vorbildung nach hervorragend eignet. Die Bedeutung eines deutschen unabhängigen Weltmachrichtendienstes ist erst durch den Krieg erkannt worden. Die hierauf gerichteten Bestrebungen sind, soweit sie allgemeiner und politischer Natur sind, in Überein-stimmung mit der äußeren Politik zu leiten, sollen also unter amtlichem Einfluß stehen. Hier liegt es überaus nahe, die ausländischen Amtsver-

tretenen im Interesse des Reiches künftig zur Beobachtung der Landespresse und ihrer Wechselbeziehungen zu den verschiedenen Gruppen der ausländischen Nachrichtenquellen und -organisationen systematisch heranzuziehen. Es dürfte nicht schwer sein, nachdem die Notwendigkeit eines national unabhängigen Weltnachrichtendienstes nunmehr von der Reichsregierung erkannt ist, die Amtsvertretungen draußen auf eine planmäßigere Mitwirkung in diesem Sinne, als bisher geschehen, freilich nicht etwa im Sinne unmittelbarer journalistischer Betätigung, einzustellen. Die Vertretungen würden hier gerade deshalb wohl recht förderlich zu wirken vermögen, weil der politische Nachrichtendienst ohnehin überwiegend eine Sache des Reiches ist, sich anderseits aber für dieses große Erschwernisse bei Beschaffung eines zeitgemäß arbeitenden privaten Pressebeobachtungsapparates im Ausland ergeben müssen.

Eine solche Arbeitsteilung zwischen einer amtlichen und einer privaten Auslandsnachrichtenorganisation würde weiter auch das Gute haben, daß sich die Organe beider in ihrer Tätigkeit gegenseitig stark anregen und unterstützen könnten. Der Konsul würde um eine wertvolle Möglichkeit bereichert, lebendige Fühlung mit dem Wirtschaftsleben aufzunehmen. Durch die Betrachtung der Dinge vom amtlichen und privaten Standpunkt und durch den persönlichen Meinungsaustausch ließe sich hier sehr viel gewinnen. Für beide Teile würden sich viele wertvolle Beziehungen ergeben, wenn die Berichterstatter des privaten Wirtschaftsnachrichtendienstes ebenso wie die amtlichen Vertreter, zumal wenn diese auf die Pressebeobachtung gehörig geschult sind, grundsätzlich angehalten würden, an allen Plätzen miteinander Fühlung zu nehmen. Selbstverständlich dürfte niemals der Versuch gemacht werden, private Berichterstatter in ihrer Tätigkeit und der Unabhängigkeit ihres Urteiles durch solche Beziehungen zu beengen.

Die Verwirklichung eines solchen Planes bietet schließlich — und das dürfte zunächst das allerwichtigste sein — bezüglich der finanziellen Durchführung eine verhältnismäßig günstige Aussicht. Für private Wirtschaftsnachrichtenorganisationen, die sich mit Teilaufgaben eines Auslandsnachrichtendienstes beschäftigen, werden, wie bekannt, bei uns schon lange sehr erhebliche Mittel aufgewandt. Hier liegt es nahe, diese Mittel zugunsten eines privaten nationalen eingehenden Wirtschaftsnachrichtendienstes zu kürzen. So würde es am ersten möglich sein, die Tätigkeit der zahlreichen doppelstaatlichen Verbände und Institute unter Einschränkung oder Spezialisierung ihrer Nachrichtensammeltätigkeit zu einer im ganzen mehr umfassenden Arbeit zu entwickeln und in den Rahmen eines zentralen Wirtschaftsnachrichtendienstes einzufügen. Damit würde man Verzicht leisten können auf die finanzielle Unterstützung durch die Regierung, obgleich eine solche bei dem unzweifelhaft auch für den privaten Wirtschaftsnachrichtendienst vorliegenden nationalen Gesamtinteresse sachlich vollkommen berechtigt wäre.

Für die doppelstaatlichen Verbände würde freilich eine solche Aufgabenteilung zunächst eine Einschränkung ihres Arbeitsgebietes bedeuten, doch auch wohl nur vorübergehend, insofern sie sich, von der Materialsammel- und -bearbeitungstätigkeit selbst entlastet, nunmehr vollständig der rationalen Auswertung des Nachrichtenstoffes und seiner praktischen und handelspolitischen Nutzbarmachung zuzuwenden vermöchten. Dadurch würde sich von selbst unter ihnen eine stärkere Zentralisierung ihrer Tätigkeit einstellen, und die persönlichen Einflüsse in ihrer Leitung würden zurücktreten,

Umstände, die, wie die Dinge heute liegen, dem nationalen Wirtschaftsleben nur förderlich sein könnten.

So sehen wir, soweit die Organisation der Sammel- und Beobachtungsarbeit in Betracht kommt, in der Zweiteilung tatsächlich einen Weg der Zusammenarbeit, der keine unüberwindlichen sachlichen und organisatorischen Schwierigkeiten bringen dürfte. Besonders fällt auch ins Gewicht, daß es zur Verwirklichung dieses Planes keiner langfristigen Vorbereitung bedarf; denn von dem Vorhandenen wird das Brauchbare ausgesondert, spezialisiert und vertieft, also zu besserer, praktischer Wirkung ertüchtigt. Auch einschneidende und deshalb störende Änderungen in der Staatsverwaltung, von denen zur Zeit aus allgemeinen Gründen tunlichst abgesehen werden sollte, werden so vermieden.

Eine schätzbare Beruhigung gewährt schließlich die sichere Aussicht, daß bei der Verwirklichung dieses Planes für die Zukunft ein Damm gegen alle weiteren, der Unzulänglichkeit des bisherigen amtlichen Wirtschaftsnachrichtendienstes entspringenden Schäden gezogen wird. Eine Verbesserung des konsularischen Dienstes bleibt dabei freilich, soweit er mit der Auskunfterteilung und Auslandberichterstattung in wirtschaftlichen Dingen zu tun hat, auch weiterhin eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Wenn wirklich der Konsul von Hause aus sachentsprechend für seine ihm nach jenem Vorschlage immer noch verbleibende, auf das Maß des wirklich Erfüllbaren begrenzte wirtschaftliche Tätigkeit vorgebildet werden soll, so vergehen viele Jahre, bis sich die Wirkung davon für die Geschäftswelt erkennen läßt. Trotzdem aber würde dieser Plan an seiner Bedeutung nichts verlieren, könnte doch vorläufig durch die Bestellung einer angemessenen Zahl von Handelssachverständigen jener amtliche Wirtschaftsnachrichten- und Auskunftsdienst in seiner Beschaffenheit erheblich gehoben werden, selbst wenn die letzteren auf die Erstattung von Fachberichten, wie sie es ja jetzt zumeist schon tun, gänzlich verzichten. Bis die Konsuln, die nach den neuen Gesichtspunkten ausgewählt und vorgebildet sind, in Amt und Würden erscheinen, sollte jedenfalls mit einem Eingriff in die bestehenden Verhältnisse des Konsulatsbetriebes nicht gewartet werden. Was wir unmittelbar benötigen, ist klar: einen Konsul, der an wichtigen Plätzen, nötigenfalls unterstützt von einem Handelssachverständigen, den Wirtschaftsnachrichten- und Auskunftsdienst nach den angegebenen beschränkenden und vertiefenden Gesichtspunkten wirklich befriedigend zu erfüllen vermag.

b) Der Bearbeitungs- und Verbreitungsdienst.

Es würde nun sehr unrichtig sein, wollte man sich nur mit einer durchgreifenden Verbesserung des Beobachtungs- und Sammeldienstes, wie sie vorgeschlagen wurde, begnügen und in ihr allein das Heil des nationalen Wirtschaftsnachrichtendienstes vom Ausland suchen. Beobachtungs- und Sammeldienst können niemals Selbstzweck sein: Sie geben nur das Urmaterial zu den zur nationalen Außenhandelsförderung nötigen Mitteln der praktischen Politik. Nicht weniger wichtig ist deshalb der Bearbeitungs- und Verbrei-

tungsdienst. Leider sind auch diese Zweige bei unserm amtlichen Wirtschaftsnachrichtendienst bisher sehr rückständig geblieben. Es mag gerade dies der Hauptgrund dafür sein, daß bei uns zurzeit noch, selbst bei führenden Geschäftsleuten, über das, was eine wirklich leistungsfähige zentrale Außenhandelsförderungsstelle zu bieten vermag, vielfach recht unzutreffende Vorstellungen herrschen.

Der amtliche Wirtschaftsnachrichtendienst vom Ausland, dessen Niederschlag sich im wesentlichen in den vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“, ferner im „Deutschen Handelsarchiv“ und den monatlich erscheinenden „Berichten über Handel und Industrie“ findet, zeigt vielfach Merkmale geschäftlicher Unerfahrenheit. Man vergleiche z. B. die spaltenlangen Anzeigen von Absatzgelegenheiten in den amerikanischen Konsulatsberichten mit den inhaltlich kümmerlichen und fast seltenen Notizen gleichen Zweckes in unseren „Nachrichten“. Ihrer Natur nach sollten die „Nachrichten“ in erster Linie zur Übermittlung aktueller Wirtschaftsbeobachtungen dienen. Der dazu verwandte Raum ist aber unverhältnismäßig gering, bringt man alles das in Anrechnung, was an Auszügen aus den von ausländischen Behörden erlassenen Zoll-, Rechtsbestimmungen und dergl. und deren Auslegung geboten wird. In dieser Art Mitteilungen, deren Wert für die Geschäftswelt zweifelsohne auch recht erheblich ist, liegt bisher geradezu die Hauptbedeutung der „Nachrichten“.

Die „Berichte“ bringen sehr unterschiedlichen, zum Teil recht brauchbaren Nachrichtenstoff, meist größere Ausführungen über wirtschaftliche Einzelragen der ausländischen Wirtschaftsentwicklung. Zum Teil werden sie mit Mitteilungen gefüllt, die aus der Fachliteratur bei uns längst bis ins einzelne bekannt sind, deren Deutung aber mangels gehöriger Kenntnis der technischen und kaufmännischen Verhältnisse dem, wenn auch eifrigen, so doch fachlich unkundigen Konsul oft nur teilweise gelingen kann. Ein Zusammenhang zwischen diesen Arbeiten besteht im allgemeinen nicht. Wegen ihrer sehr großen Buntheit und Qualitätsverschiedenheit machen deshalb die „Berichte“ den Eindruck einer Ablagerstätte für alle diejenigen Arbeiten nicht aktueller Natur, von denen man ein Interesse in Fachkreisen voraussetzt. Bedauerlich ist, daß der Umfang dieser Berichterstattung bisher nur jährlich zwei bescheidene Bände füllt, bei beiläufig 800 Konsulaten. Alles in allem hat die bisherige Verfassung der „Berichte“ die Wirkung, daß die Geschäftswelt ihnen nur ein recht mäßiges Interesse entgegenzubringen vermag.

Wenn alle paar Jahre im „Handelsarchiv“ neben der Sammlung ausländischer Handels- und Zollgesetze in sehr geringer Häufigkeit Berichte über die Handelsentwicklung eines und desselben Platzes oder Landes erscheinen, im übrigen aber nur hier und da verstreute trockene statistische Daten, ohne Besprechung und Hinweis auf den Zusammenhang mit den einschlägigen sonstigen Arbeiten in anderen Veröffentlichungen, gegeben werden, so kann das heute der Geschäftswelt keineswegs mehr genügen. Ihr Interesse am „Handelsarchiv“ ist in dieser Hinsicht deshalb unerheblich, was zu bedauern ist, da sich hier und da doch recht gute Berichte finden.

Das beste des amtlich gebotenen Auslandsnachrichtenstoffes sind noch die „Mitteilungen zur Verwertung in deutschen Interessentenkreisen unter Ausschluß der Presse“. In ihnen berührt es vor allen Dingen angenehm, daß

sich hier der Berichterstatter mit seinem Urteil freier als bei allen anderen Veröffentlichungen zu bewegen pflegt. Diese Mitteilungen haben nur den einen großen Mangel, daß sie viel zu selten und auch vielfach bedauerlich verzögert erscheinen.

Ogleich so der Regierung — von den Kriegsveranstaltungen abgesehen — zurzeit nicht weniger als vier verschiedene Wege für die Veröffentlichung ihrer ausländischen Wirtschaftsbeobachtungen und -nachrichten zur Verfügung stehen, genügt das Gebotene selbst dem Umfange nach nicht entfernt den heute billigerweise zu stellenden Anforderungen. Was an deutschen konsularischen Berichten an die Öffentlichkeit gelangt — nur dieser Teil kann in Betracht gezogen werden —, ist bei einer Gesamtzahl von rund 800 Berichtstellen äußerst spärlich. Man kommt zu recht überraschenden Feststellungen, wenn man sich der Mühe unterzieht, die Anzahl der veröffentlichten Berichte der Zahl der einerseits vorhandenen, andererseits der wirklich berichtenden Konsulate gegenüberzustellen. Bei näherer Prüfung finden wir auf Schritt und Tritt bestätigt: Die wichtigsten wirtschaftlichen Dinge entgehen bisher sehr häufig dem deutschen Konsul, so z. B. große Preisausschreibungen von internationalem Interesse, wenn sie nicht gerade an den Brennpunkten des Weltverkehrs stattfinden und deshalb zur allgemeinsten Kenntnis gelangen. Zu einem nicht minder unerfreulichen Ergebnis kommt man auch, wenn man unsere Konsulatsberichte hinsichtlich Reichhaltigkeit und Umfang mit der Berichterstattung der Konsulate unserer Hauptmitbewerber vergleicht. Es ist deshalb durchaus kein Wunder, daß sich die Geschäftswelt zum allergrößten Teil auf besondere Nachrichtenbureaus und die eigene Beobachtung der ausländischen Presse verläßt.

Aber auch die Art, wie bei uns der Berichtstoff dargeboten wird, entspricht längst nicht mehr den heutigen geschäftlichen Anforderungen. In andern Ländern vergeht fast keine Woche, in der nicht das Handelsamt oder eine andere amtliche Nachrichtenstelle mit einem großen Bericht über die wirtschaftliche oder kulturelle Entwicklung auf irgendeinem ausländischen Wirtschaftsgebiet aufwartet. Für gleichzeitige Verbreitung in der gesamten Landespresse wird peinlich gesorgt⁵⁾. Die Kritik beschäftigt sich mit dem Gegenstand ausgiebig und unterläßt nichts, um das Interesse der Öffentlichkeit auf ihn zu richten. Man wird dem vielleicht entgegenhalten, der Durchschnitt des deutschen Volkes sei so gebildet, daß man ihm solche Dinge nicht zu bieten brauche; alles Fachliche gehöre in die Fachpresse. Diesen Standpunkt kann man aber nur sehr bedingt anerkennen. Ganz abgesehen davon, daß bei uns die Fachpresse in bezug auf das Ausland selten schnell und zutreffend unterrichtet, birgt er Irrtümer, deren Folgen leider bei uns nicht ausgeblieben sind. Von ihnen wird noch anderweitig zu sprechen sein.

Bei uns sind solche Berichte zunächst viel seltener. Aber wenn sie erscheinen, sind sie inhaltlich leider auch vielfach veraltet, weil sie in der Regel erst nach vollständigem Abschluß der Durcharbeitung veröffentlicht werden und man auf eine zeitige vorherige Wiedergabe des Wesentlichen

⁵⁾ In den Vereinigten Staaten werden die Zeitungen, welche die amtlichen Veröffentlichungen vor einem bestimmten Tage veröffentlichen, von der Verbandsliste der Behörden rücksichtslos gestrichen.

verzichtet⁶⁾. Die verspätete Bekanntgabe von Berichten bei uns ist, wie die Daten erkennen lassen, offenbar häufig auf Verschleppen im Amtsbetrieb zurückzuführen. Hierfür ist hauptsächlich wohl der Umstand verantwortlich zu machen, daß der Bericht vor der Veröffentlichung Amtstellen außerhalb des veröffentlichenden Ministeriums zu durchlaufen hat, die bezüglich der Bekanntgabe in ihrem Gefühl der Verantwortlichkeit von den verschiedensten Bedenken geplagt zu sein pflegen. Wenn auch hier Besserungen zu verzeichnen sind, so wird doch nicht zu Unrecht von Fachkreisen die Säumigkeit des amtlichen Veröffentlichungsdienstes als einer seiner wesentlichen Mängel beklagt.

Grundverschieden von andern Ländern ist bei uns die Mitwirkung der heimischen Presse bei der Bekanntgabe wirtschaftlich wichtiger Begebenheiten, über die amtlichen Stellen Nachrichten vorliegen. Wenn bei uns wirklich einmal eine wichtige wirtschaftliche Mitteilung aus amtlicher Quelle erscheint, wird die Presse meist mehr oder weniger zufällig auf sie aufmerksam. Sie beeilt sich mit ihrer Wiedergabe keineswegs, da sie das Material, das für einen allgemeinen Leserkreis meist noch nicht entsprechend aufgemacht ist, gewissermaßen nur als Füllstoff ansieht. Zu der Sonderbearbeitung, die meist noch nötig ist, fehlen selbst bei größeren Blättern häufig die richtigen Kräfte. Ist diese Bearbeitung aber erfolgt und erscheint nun endlich die Mitteilung, so setzt dann meist nur zögernd die Feder des Kritikers und auch sie nur zu sparsamer Leistung ein. Bestenfalls sind es wenige Fachblätter, die sogleich in der angebrachten Weise auf die Sache eingehen.

Auch mit der allgemeinen Technik der Verarbeitung sieht es bei unserem amtlichen Auslands-Wirtschaftsnachrichtendienst, verglichen mit andern Ländern, meist recht schlecht aus. Zusammenfassende Berichte mit aktuellem und ausgiebigem Vergleichsmaterial sind selten. Bei fast allen amtlichen Veröffentlichungen wird viel zu wenig Wert auf ihre unmittelbare praktische Ausnutzbarkeit und auf Hinweise gelegt. Die Nachrichten sind häufig nicht einmal bequem lesbar, oft auch recht unübersichtlich, im Drucksatz ungeschickt. Im allgemeinen hütet man sich peinlich davor, Dinge, die anderswo schon einmal gesagt sind, wenn auch nur kurz zu wiederholen, selbst wenn sie im neuen Zusammenhange besonders wissenswert sind. Hinweise fehlen nahezu. Völlig unbekannt ist jene Art von Bearbeitung des Wirtschaftsnachrichtensmaterials, die das Zusammenfassende in leicht verständlicher Weise mit Hinweis auf sachverständige Ansichten, allgemeine Beobachtungen, Erfahrungen und Entwicklungen gibt. Durch solche Verfehlungen bringt sich der amtliche Veröffentlichungsdienst häufig vollkommen um die Werbekraft, die eines seiner allervornehmsten Mittel sein sollte.

Aber auch innere Hemmnisse stehen einer freien und beweglichen Veröffentlichungstechnik gegenüber, so sehr diese Freiheit auch im Interesse des Wirtschaftslebens erwünscht ist. Auf jeder der unmittelbar und mittelbar an der Veröffentlichung beteiligten Amtstellen liegt die Last der Verantwortung. Um ihr zu entgehen oder sie einzuschränken, schreckt man in einem Amtsbetrieb begreiflicherweise vor keinem „Strich“ zurück, zumal wenn das eigene Urteil unsicher ist. Manches zu verschweigen, was

⁶⁾ Eine Ausnahme davon besteht bei den Jahresberichten der Konsuln.

für die Geschäftswelt höchst wissenswert wäre, fordert auch die politische Rücksicht. Gerade in dieser Beziehung geht man offenbar bei uns viel weiter als in anderen Ländern. So besteht allenthalben die Gefahr, daß an sich wertvolle und zutreffende Mitteilungen durch Auslassungen und Abschwächungen entwertet werden.

Sehr nachteilig ist es weiter, daß die Verbreitung des amtlichen Druckschriftenmaterials vielfach unter zu hohen Preisen und entsprechend erschwerter Zugänglichkeit empfindlich leidet. Nachrichten- und Informationsbedürfnisse des Wirtschaftslebens sollten durch sie nicht nur allenfalls gedeckt, sondern auch geweckt werden. Es erscheint keineswegs notwendig, daß die Einnahme aus den Verkäufen der amtlichen Veröffentlichungen einen vollständigen Ersatz für die Druckkosten liefert. Würde in dieser Hinsicht nach größeren Gesichtspunkten verfahren, so würde es auch möglich sein, die öffentlichen Büchereien des Landes in größerem Umfange mit den Verlautbarungen des amtlichen Auslandsdienstes zu versorgen. Dies erscheint mit Rücksicht auf die gewaltig gestiegene nationale Bedeutung der Auslandskenntnis dringend erwünscht. Was das Technisch-Wirtschaftliche angeht, so fehlt es hier auch noch sehr an dem geeigneten Verteilungsapparat. Die einfache Auslegung der amtlichen Veröffentlichungen bei Handelskammern und ähnlichen Stellen genügt nicht mehr. Es bedarf vielmehr eines engen Zusammenhanges zwischen amtlichem Wirtschaftsnachrichtendienst und Geschäft auf der ganzen Linie. Dazu ist neben der Allgemeinverbreitung die Einrichtung von Auskunftstellen, die in den verschiedensten Teilen des Landes in enger Fühlung mit der Zentralhandelsförderungsstelle unter der Leitung von Leuten stehen, die das Wirtschaftsnachrichtenwesen gründlich beherrschen, ein hervorragendes und bewährtes Mittel. Ihre Aufgabe ist, die Früchte des Wirtschaftsnachrichtendienstes der Geschäftswelt durch täglichen Verkehr und persönlichen Meinungsaustausch zuzuführen. Diese Stellen sind besonders dringlich für die Industriemittelpunkte, nicht nur, um sie mit allen Veränderungen am Weltmarkt auf dem Laufenden zu halten, sondern auch, um ihnen die ungeheure Fülle der Anregungen regelmäßig zuzuführen, die aus der Beobachtung des Weltgeschäftes durch Sachverständige gewonnen wird. Für die Zentralhandelsförderungsstelle bildet dieser Verkehr — und das ist ein weiterer großer Vorteil — eine ausgezeichnete Möglichkeit, mit den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens hinsichtlich Nachrichten- und Auskunftlieferung ständig in allen Geschäftszweigen in Fühlung zu bleiben⁷⁾.

So sehen wir: bei dem Auswertungs- und Verbreitungsdienst haben wir noch außerordentlich vieles zu lernen, wollen wir wirklich den gesammelten Stoff sachgemäß benutzen. In welcher großartiger und zweckentsprechender Weise dies zum Nutzen des Wirtschaftslebens geschehen kann, zeigt ein Blick auf die laufenden Veröffentlichungen des amerikanischen Handelsamtes. Sein gewaltiges Material wird in einmal täglich erscheinenden umfangreichen

⁷⁾ Das amerikanische Handelsamt unterhält zurzeit 8 solcher Auskunftstellen, denen zum Teil Zweigstellen angegliedert sind. Die bisherigen Erfahrungen mit dieser Einrichtung sind glänzend. Vergl. Dr. Schuchart: Der Ausbau der amtlichen amerikanischen Außenhandelsförderung im Zeichen des Krieges, T. u. W. 1916 S. 213.

Berichten, den „Consular Reports“ verarbeitet, die in kurzen Zeitabständen durch weitere Berichte, die ein bestimmtes Land oder auch nur einen einzelnen Platz im Zusammenhang behandeln, die sogenannten „Commercial Reports“, ergänzt werden⁸⁾. Mag der amerikanische Konsul in seiner Berichterstattung auch manchmal etwas oberflächlich verfahren, so fallen diese Versäumnisse gegenüber dem sachlichen Wert und der Ausgiebigkeit der Berichterstattung kaum ins Gewicht. Neben diesen umfangreichen Veröffentlichungen findet eine gewaltige Menge von Erfahrungen und Beobachtungen, die von den Konsuln und Handelssachverständigen der Vereinigten Staaten gemacht werden, in verschiedenen Bücherreihen Verbreitung („Miscellaneous Series“, „Special Agents Series“, „Special Consul Reports“), die für wenige Cents beim Government Printing Office in Washington für jedermann erhältlich sind und in allen öffentlichen Büchereien aufliegen.

Der Veröffentlichungsdienst beschäftigt aber nur einen Teil des großen Verarbeitungsapparates, über den eine zeitgemäß eingerichtete Zentralhandelsförderungsstelle verfügen muß. Es gilt tief zu schürfen, Zusammenhänge festzuhalten, Ursache und Wirkung zu ermitteln. Alles muß in einer entsprechenden und sachlich richtigen, für den unmittelbaren Geschäftsgebrauch zugeschnittenen Form geboten werden. Die verarbeitende Abteilung des amerikanischen Handelsamtes, das in dieser Hinsicht wohl am zeitgemähesten eingerichtet ist, gliedert sich im laufenden Jahre z. B. in nachbenannte acht Gruppen mit folgender Beamtenbesetzung:

1. Verwaltung	mit 5 Beamten
2. Statistik	„ 30 „
3. Redaktion	„ 14 „
4. Tarifsammlung und Bearbeitung	„ 6 „
5. Untersuchungen und Übersetzungen	„ 3 „
6. Rechnungsabteilung	„ 13 „
7. Kostenabteilung	„ 13 „
8. Briefwechsel	„ 10 „

Von besonderer Bedeutung ist die Kostenabteilung, über die auf S. 144 dieser Zeitschrift näheres gesagt wurde. Eine Abteilung, die sich mit der amerikanischen Kostenabteilung vergleichen ließe, ist bei uns überhaupt nicht vorhanden, obgleich sie sicherlich auch für unsere Verhältnisse sehr viel Gutes stiften könnte.

Hier sind wir also noch in den Uranfängen dessen, was zur Erfüllung der zeitgemäßen Bedürfnisse der Geschäftswelt zu geschehen hat. Prüfen wir den Vorschlag der Zweiteilung der Auslandsnachrichtenorganisation in Richtung der Verbesserung des Verarbeitungs- und Verbreitungsdienstes, so brauchen wir keineswegs hoffnungslos zu sein. Wenn die Zweiteilung hier auch nicht gerade vereinfachend wirkt, so läßt sich doch bei gutem Willen eine sachlich befriedigende gegenseitige Abstimmung herbeiführen. Der amtliche Wirtschaftsnachrichtendienst hätte seine Nachrichten und Materialien,

⁸⁾ Dieses Material wird übrigens wegen der Fülle seiner spezifisch amerikanischen Beziehungen allen ausländischen Ein- und Ausfuhrhäusern in Ländern, die für den amerikanischen Absatz in Betracht kommen, regelmäßig kostenlos zugeführt und bildet so ein hervorragendes Mittel zur Werbung und zur Anknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen.

nachdem bestimmt worden ist, was überhaupt veröffentlicht werden kann, so schnell als möglich an die Zentralhandelsförderungsstelle zu geben, in deren Veröffentlichungen sie sachlich eingeordnet gegebenenfalls als amtliche Mitteilungen gekennzeichnet würden. Eingehendes Belegmaterial wäre der Zentralstelle ohne weiteres zur leihweisen Benutzung und zur Auswertung zu überlassen. Sollte sich aus amtlichen Gründen die Notwendigkeit ergeben, die amtlichen Veröffentlichungen als solche zusammengefaßt herauszugeben, so stände auch dem nichts entgegen. Freilich wäre dafür eine andere Art der Veröffentlichung als die bisherige zu wünschen.

Viel mühevoller erscheint es, die sonstigen, privaten Nachrichtensammelstellen für einheitliche Zusammenarbeit zu gewinnen. Hier wäre zunächst der Weg gangbar, daß die Zentralstelle mit ihnen den Nachrichtenstoff über bestimmte Arbeitsgebiete, sofern auf die eigene Sammeltätigkeit im Auslande nicht verzichtet wird, austauscht. Auch würde sich auf gewissen Arbeitsgebieten, namentlich solchen, die Kulturpolitisches betreffen, eine Arbeitsteilung ohne Schaden für den Gesamterfolg durchführen lassen, sofern diese Arbeitsgebiete nicht zu dem ureigentlichen Betätigungsfelde der Zentralstelle, dem Wirtschaftsnachrichtendienst, gehören. Von einer zentralen Behandlung sollte so wenig wie möglich abgegangen werden, insbesondere auch was die Erledigung von Anfragen in wirtschaftlichen Angelegenheiten angeht. Dabei wäre es wohl möglich, bei Fragen, die auf wissenschaftlichem und kulturpolitischem Gebiete liegen, Entgegenkommen walten zu lassen. Im allgemeinen würde man bei Wirtschaftsnachrichtenstoff damit rechnen dürfen, daß bei künftigem Ausbau der Zentralstelle und strammer Durchführung der Zentralisation ihre aus eigenen Quellen beschaffte Stoffsammlung bald an Vollständigkeit und Wert die durch sonstige Veranstaltungen besorgten Nachrichten übertreffen und mit der Zeit ganz entbehrlich machen würde.

Gegenüber der heute vielfach durchgeführten Sammlung und Auswertung des Nachrichtenstoffes zu wissenschaftlichen und Lehrzwecken würde es gut sein, sich möglichst früh auf eine säuberliche Scheidung einzurichten. Betriebe, bei denen Lehrzwecke im Vordergrund stehen, sind der Natur nach wenig geeignet, Stoff zu liefern, welcher der Geschäftswelt auf schnellem Wege unmittelbar Anregungen vermittelt, es sei denn, daß hierfür Sonderorganisationen, die vom Lehrbetrieb nicht berührt werden, geschaffen werden. Die unmittelbare Verknüpfung eines Nachrichtendienstes mit dem Lehrbetrieb schafft im allgemeinen eine Quelle der Verzögerung. Auch ist die Verantwortung, die für die wissenschaftliche Bearbeitung des Stoffes seitens eines solchen Institutes übernommen werden kann, vielfach nicht befriedigend, weil den Bearbeitern leider die eindringliche Sachkenntnis, wie sie nur im praktischen Geschäftsbetrieb gewonnen werden kann, fehlt. Man darf wohl im allgemeinen die Ansicht gelten lassen, daß der durchschnittliche Wert weltwirtschaftlicher Studien solcher Herkunft, zumal derer, die sich mit aktuellen Verhältnissen beschäftigen, für die Geschäftswelt nicht gerade erheblich ist, da solche Arbeiten erfahrungsgemäß vielfach unter dem Mangel praktischer Kenntnis und Erfahrung leiden. Die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Verarbeitung des Stoffes vorzunehmen, soll damit übrigens keineswegs verkannt werden. Nur wird vor allzu hoher Einschätzung der einem

Lehrbetrieb entstammenden Veröffentlichungen dieser Art, wie sie gelegentlich angestrebt wird, gewarnt.

Wie alle Gründe für die organisatorische Zusammenfassung der Sammeltätigkeit des Wirtschaftsnachrichtendienstes sprechen, so drängen auch viele auf eine Zentralisation des Bearbeitungs- und Verbreitungsdienstes, mindestens sind hier keine grundsätzlichen sachlichen und organisatorischen Hindernisse zu erkennen. Wie es bei zentralisierter Sammeltätigkeit gelingen wird, mit der Zeit einen wirklich leistungsfähigen, dabei im Verhältnis billigen Apparat zu schaffen, der es u. a. gestattet, für die Berichterstattung angemessene Entschädigung zu zahlen und entsprechend hochwertige Kräfte heranzuziehen, so wird die zentralisierte Bearbeitung durch die Anstellung fachlich und praktisch erfahrener Beamter ersten Ranges trotz der hohen Gehälter, die diese erfordert, an Wert außerordentlich gewinnen. Dementsprechend wird sich auch der Ausbau im Großen, wenn erst einmal die organisatorisch richtige Grundlage gewählt ist, ohne allzu große Kosten im Stile der fortschreitenden Technik und der sich erweiternden Bedürfnisse ausgestalten lassen.

Soll das Interesse für die Aufgaben der Außenhandelsförderung und die Entwicklung der dazu erforderlichen Hilfsmittel in großem Rahmen bei allen Wirtschaftskreisen, wie es dringend zu wünschen ist, geweckt werden, so muß die technische Ausgestaltung des Verbreitungsdienstes mit Rücksicht auf seine Inanspruchnahme durch die Geschäftswelt mit großer propagandistischer Kraft erfolgen. Dazu ist die Privatorganisation viel mehr befähigt, weil sie niemals unter den Verantwortlichkeitsbedenken bei ihrer Berichterstattung derart leiden wird, wie es die amtliche nachweislich tut. Sie kann rund heraus sagen, wie die Dinge liegen, ohne Rücksicht auf politische Schwächen und Stärken. Sie kann die Form der Verarbeitung und Verbreitung stets so wählen, daß sie in dem Kreise, den sie interessiert, den Zweck wirklich erfüllt.

Ganz besondere Umsicht ist deshalb schon aus allgemeinen Gründen für die Technik geboten. Hier gilt es, soll sich der Dienst wirklich überall einführen und lebendiges Interesse für seinen Inhalt geweckt werden, vielseitigen Ansprüchen zu entsprechen. Die Interessen des Ein- und Ausfuhrhandels müssen in gleicher Weise wie die des Selbstherstellers gewürdigt werden. Das vermag nicht durch Massenhaftigkeit des dem Einzelnen Dargebotenen zu geschehen, sondern nur durch die den verschiedenen Benutzerkreisen angepaßte Beschaffenheit, den Zuschnitt und die Aufmachung. Der gesamte Verbreitungsdienst für Auslands-Wirtschaftsnachrichten hätte sich danach zunächst in folgende zwei Gruppen zu gliedern:

Erstens: In Übersichten über die gesamten Wirtschafts- und Handelsverhältnisse der einzelnen Länder bzw. Wirtschaftsgebiete. Sie sollen den wirtschaftlich Interessierten den notwendigen Hintergrund für ihre fachliche Interessenverfolgung geben. Wer Geschäfte mit bestimmten Ländern macht, muß wissen, wie sich ihre gesamte Wirtschaftslage entwickelt, vor allem kommt es ihm darauf an, zu erfahren, was sie nennenswert politisch, kulturell und wirtschaftlich beeinflussen könnte.

Zweitens: In Übersichten über die Veränderungen innerhalb einzelner Wirtschaftsgruppen. Sie sollen den weltwirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Gewinnung, Versand, Markt, Verarbeitung und Verkauf aller

wichtigen Massenwaren in kaufmännisch geeigneter Bearbeitung geben. Wer z. B. an Gummipreisen interessiert ist, soll erfahren, wie sich in den verschiedenen Kautschuk liefernden Ländern die Erzeugungsverhältnisse technisch, wirtschaftlich und organisatorisch entwickeln, welche Umstände die Verschiffungsgelegenheiten, die Preisbildung auf den Hauptmärkten der Welt und dergl. beeinflussen. Er muß weiter wissen, wie sich die Verhältnisse der gummiverarbeitenden Industrien anderer Länder entwickeln, schließlich wie es in den verschiedenen Herstellungs- und Absatzgebieten seiner Waren aussieht.

Neben diesen Übersichten wären abgeschlossene, regelmäßige Zeiträume deckende Berichte über die Gesamtlage bestimmter Länder zu bringen. In diesen wäre alles Geschichtliche der Wirtschaftsentwicklung zur Ergänzung und zum Verständnis des anderweitig gebotenen Tatsachenstoffes zu geben.

Im allgemeinen sollte es weiter Grundsatz sein, ins einzelne gehende Berichte und Materialien als Ergänzung zu jenen Veröffentlichungen, auf regelmäßige Zeitabschnitte bezogen, für Fachinteressentengruppen bereit zu stellen. Je nach den Verhältnissen können sich diese auf Einzelländer, Einzelwaren oder auf bestimmte Erscheinungen und Bestrebungen allgemeiner Art, die wirtschaftlich von Bedeutung sind, beziehen. In geeigneter Weise wäre in allen Veröffentlichungen stets ausführlich auf die anderweitig bereitgestellten Sondernachrichten, soweit sie als Ergänzung zu dem Gebotenen dienen können, zu verweisen. Auf diese Weise würde der Leser Gelegenheit haben, sich in Einzelfragen weiter zu vertiefen. Andererseits würde er nicht mit solchen Nachrichten, die ihn nicht unmittelbar interessieren und die ihm bisher unter den verschiedenartigsten Gesichtspunkten geboten wurden, überschwemmt werden. Von den neuzeitlichen Mitteln der zeichnerischen Darstellung wäre natürlich weitestgehender Gebrauch zu machen, wie auch alles geschehen müßte, um die Übersichtlichkeit des Gebotenen zu heben.

So wichtig es auch ist, nur das Tatsachenmaterial sprechen zu lassen, so ist es doch unerlässlich, alles das in den Bereich der Berichterstattung zu ziehen, was zum näheren Verständnis des organischen Zusammenhanges beiträgt, wengleich dies auch nur andeutungsweise in den allgemeinen Berichten stattfinden kann. Selbstverständlich dürfen erläuternde Erklärungen nicht nach vorgefaßten parteilichen Grundanschauungen abgegeben werden.

Bei solcher Gliederung des Verbreitungsdienstes wird es möglich sein, den Interessenten in einem ganz seinen Wünschen entsprechenden Umfang auf dem laufenden zu halten. Wen die Mühe verdrießt, ausführlich erläuternde Ausführungen entgegenzunehmen, der möge sich ruhig mit dem nackten Tatsachenmaterial begnügen, das für Einzelgebiete der Berichterstattung geboten wird. Dieses Sich-Genügen ist heute notwendig für alle an leitender Stelle stehenden Persönlichkeiten mit sehr umfassendem Interessenkreis, die sich nicht regelmäßig, sondern nur in Ausnahmefällen auf Sondergebieten mit eingehenderen Betrachtungen befassen können, und bei denen die für die eigentliche Ausführung zuständigen Unterorgane die Kenntnis und die Erfahrung zur Beurteilung ihres Fachgebietes an Hand von Angaben besitzen, welche die Wirtschaftsentwicklung im einzelnen zeigen (s. o. Verbreitungsdienst Gruppe 2).

Über die Eingliederung der durch den amtlichen Dienst gelieferten Materialien ist bereits gesprochen worden. Ohne Zweifel würde es der wirk-

samste Weg sein, wenn die Regierung die rechtzeitige Veröffentlichung grundsätzlich in den Berichten der privaten Wirtschaftsnachrichtenorganisation gestatten würde. Wahrscheinlich käme die so erzielbare Beschleunigung der Veröffentlichung und ihre planmäßige Zuführung an alle an ihnen interessierten Stellen den amtlichen Nachrichten sehr zustatten.

Über die Zusammenarbeit mit außenstehenden privaten Wirtschaftsnachrichtenorganisationen oder mit Vereinigungen, die sich die Pflege des Auslands-Wirtschaftsnachrichtendienstes angelegen sein lassen, würde sich bei gehöriger Aufklärung der öffentlichen Meinung, gutem Willen und kräftigem Druck auf ihre Finanzierung unschwer eine Zusammenfassung, ein Austausch oder, wo dieser vorläufig nicht erreichbar sein sollte, wenigstens eine Abgrenzung der Berichtsgebiete erzielen lassen.

Im Rahmen eines solchen zentralen und privaten Wirtschaftsnachrichtendienstes würde sich aber auch — und das ist eine bisher nach dem Urteil aller Fachkenner bei uns sehr vernachlässigte Aufgabe — eine organische und zuverlässige Verbindung mit der Inlandpresse herstellen lassen. Wie bekannt, ist bisher die Beachtung, die das Ausland in der deutschen Presse findet, zumal das überseeische, das für den Absatz unserer Waren stark in Betracht kommt, nicht nur gänzlich ungenügend, sondern auch oft unzuverlässig. Wie wenige deutsche Zeitungen von Ruf haben eigene, sachverständige und unabhängige Berichterstatter im Ausland! Wenn wir vor dem Kriege Schilderungen über außerdeutsche Verhältnisse, insbesondere überseeische, lasen, stießen wir immer wieder bei ihnen nicht nur auf einen unfreundlichen, satirischen oder karikierenden Ton, sondern wir fanden allzu häufig unzutreffende Äußerungen und schiefe Beurteilungen, die geeignet waren, beim einheimischen Leser irrige Vorstellungen zu erregen, bei den Bewohnern des betreffenden Landes aber schwere Verstimmung hervorzurufen⁹⁾. Wollen wir das Ausland über uns aufklären und um seine Anerkennung werben, so ist es selbstverständlich Voraussetzung, ihm Interesse entgegenzubringen und es in einer Weise zu behandeln, die ihm ohne Voreingenommenheit gerecht wird. Hier würde sich im Anschluß an die Tätigkeit des Verdienstendienstes einer privaten Wirtschaftsnachrichtenzentrale ein überaus reiches und wirksames Betätigungsfeld ergeben. Man müßte nur dafür sorgen, daß bei der Zentralstelle in den einzelnen Abteilungen journalistisch geschulte Berater tätig wären, welche zur Bearbeitung und Beurteilung des Nachrichtenstoffes nach publizistischen Gesichtspunkten befähigt sind.

So erst würde die Presse imstande sein, die öffentliche Meinung für die Erscheinungen des außenwirtschaftlichen Umkreises in wirklich gründlicher Weise zu unterrichten, eine Aufgabe, deren Lösung bisher bei keiner großen Nation so sehr im argen gelegen hat wie bei uns.

c) Der Auskunfts- und Archivdienst.

Soweit sich der eingehende Wirtschaftsnachrichtendienst nicht auf aktuelle Vorgänge bezieht, ist seine rückschauende Ergänzung notwendig in dem Maß, wie es der historische Zusammenhang und das Interesse An-

⁹⁾ Vergl. O. Sperber, New York: Die deutsche Presse und die weltwirtschaftlich-politischen Bestrebungen Deutschlands, „Export“ 1914, Nr. 25.

fragender erwünscht erscheinen lassen. Zu diesem Zweck muß auf den Bestand der bisher gesammelten Wirtschaftsmaterialien, -notizen und -beobachtungen zurückgegriffen werden. Um dies ohne großen Zeit- und Kostenaufwand zu ermöglichen, bedarf es eines Wirtschaftsarchives.

Wie bekannt, sind in den letzten Jahren zahlreiche Ansätze zu allgemeinen und speziellen Wirtschaftsarchiven in Deutschland gemacht worden. Eine Übersicht über ihren Inhalt und ihre Gliederung lehrt, daß die Gesichtspunkte, nach denen bisher verfahren worden ist, denkbar verschiedenartig sind. Hierdurch ist die Möglichkeit der Benutzung des Vorhandenen selbstverständlich sehr eingeschränkt. Es liegt auf der Hand, daß die Zentralisation aller für ein einziges nationales Weltwirtschaftsarchiv in Betracht kommender Materialien ihre Verwendbarkeit durch die Geschäftswelt außerordentlich begünstigen würde. Mag diese im Einzelfalle bei bisher bestehenden Wirtschaftsarchiven groß oder klein sein, so überwiegen doch die Klagen über die fast gänzlich mangelnde Inanspruchnahme der Einrichtungen durch die Geschäftswelt. Mit Rücksicht darauf wäre zielbewußt danach zu streben, daß bei dem Ausbau des Auslands-Wirtschaftsnachrichtendienstes fortan eine strenge Zentralisation durchgeführt wird, und daß weiter die Voraussetzungen zu einer planmäßigen Zusammenarbeit mit den bereits vorhandenen Weltwirtschaftsarchiven geschaffen werden. Als Mittel dazu wären anzusehen:

erstens: Begrenzung der Sammelgebiete der Einzelinstitute,

zweitens: Vereinheitlichung der Grundsätze, die für die Materialsammlung und -verarbeitung sowie die Einordnung in die vorhandenen Bestände gelten, und

drittens: Einführung eines Austauschverkehrs zwischen der Zentralstelle und den noch selbst sammelnden Einzelarchiven; in den Fällen aber, in denen dies nicht möglich ist, Katalogisierung und regelmäßige Bekanntgabe derjenigen Eingänge, von denen keine Doppel für die Zentralstelle beschafft werden können.

Neben der Ausbeutung alten Materiales wird der Auskunftsdienst aber auch besondere Maßnahmen für die Behandlung von Anregungen und Anfragen, die sich auf den laufenden Wirtschaftsnachrichtendienst beziehen, zu treffen haben. Die Anregungen, die aus der Geschäftswelt gegeben werden, sind für den Betrieb des Weltwirtschaftsarchives, das auf die Dauer erfolgreich sein will, von ganz besonderer Wichtigkeit. Denn nur die Anpassung an den stetigen praktischen Gebrauch kann die Organisation eines solchen Archives tatsächlich leistungsfähig erhalten.

Wie bekannt, unterhalten bisher sehr viele größere Unternehmungen, deren Interessen zum Teil im Auslande liegen, Nachrichtendienste, Sekretariate und Wirtschaftsarchive. Wenn auch bei ihnen die Sammlung und Bearbeitung unter den besonderen geschäftlichen Gesichtspunkten des Unternehmens betrieben wird, so gibt es erfahrungsgemäß doch zahlreiche Gebiete, die, wenn auch Interesse für sie besteht, nur teilweise oder gelegentlich von den vorhandenen Organen bearbeitet werden können. Hier ist es Aufgabe des Auskunfts- und Archividienstes der Privatorganisation, für die Füllung der unvermeidlichen Lücken in den Sammlungen jener privaten Stellen jederzeit bereit zu sein.

Mit der Entwicklung eines zentralen privaten Wirtschaftsnachrichtendienstes und der zunehmenden Bedeutung des Auskunfts- und Archividienstes

würde sich so eine erhebliche Entlastung der von Einzelunternehmen unterhaltenen Nachrichtendienste und Archive ergeben. Privatunternehmen würden, sind sie erst einmal von der Leistungsfähigkeit jener zentralen Privatorganisationen überzeugt worden, die Aufwendungen für ihre eigenen Einrichtungen auf dem Gebiete des Wirtschaftsnachrichtendienstes sehr erheblich einschränken können und dadurch geneigt werden, in erhöhtem Maße die private Zentralorganisation geldlich zu unterstützen. Eine solche Entlastung würde sicherlich der Geschäftswelt bei den hohen Kosten eigener Einrichtungen des Nachrichten- und Wirtschaftsarchivdienstes und ihrer immerhin beschränkten Leistungsfähigkeit hochoerwünscht sein.

Schlußbetrachtung.

Die Frage der Außenhandelsförderung ist keine Sache engherziger parteipolitischer Abrechnung. Sie hat eine nationale Allgemeinbedeutung, wie sie größer kaum gedacht werden kann. Wenn diese bisher von der Masse unseres Volkes nicht tief genug begriffen worden ist, so mag man das der ungenügenden Aufklärung zugute halten, die in Fragen unserer nationalen Weltgeltung, vielfach künstlich verkümmert durch Parteigezänk und Interessenpolitik, in den breiten Schichten unseres Volkes herrscht. Letzten Endes war dieser unerfreuliche Zustand die Begleitscheinung unseres engen, nur aufs Individualistische, allerhöchst aufs Binnenwirtschaftliche, niemals aber einheitlich auf die großen Fragen der nationalen Außenwirtschaft gerichteten Denkens.

Werden wir hier für die Zukunft auf Besserung rechnen können? Der Lehrmeister Krieg hat unser nationales Denken, wie kaum je ein Ereignis vorher, gewaltig erschüttert. Er hat mit harter Gewalt das Denken unseres Volkes in Fragen des internationalen Lebens und Wirtschaftens belebt und geklärt. Die Unmittelbarkeit der Anschauung, die der Krieg gebracht hat, hat allenthalben das Verständnis für die Bedeutung der Fragen unserer nationalen Außenwirtschaft gefördert. Ihre Größe kann am ersten naturgemäß von denen voll begriffen werden, die mit dem Wirtschaftsleben selbst eng verstrickt sind, die es zum größeren oder kleineren Teile führen. Darum ist es ganz besonders Sache der technischen Welt und aller derer, die technisch oder wirtschaftsorganisatorisch gestaltend tätig sind, sich dieser Einsicht bewußt zuzuwenden und in Kreisen ihrer Wirksamkeit für das Verständnis in außenwirtschaftlichen Fragen tatkräftig zu wirken. Denn in dem großen Ringen um unsere Selbstbefestigung nach dem Kriege, dem Kampf nach außen um die Wiederherstellung unserer Weltgeltung und nach innen um die zeitgemäße Besserung unserer Verwaltungseinrichtungen und unseren sozialen Fortschritt, wird der Techniker als größter Wirklichkeitsgestalter mehr als alle sonstigen Berufskreise „zum Sehen geboren, zum Schauen bestellt“ und zur Führung berufen sein.

Berichtigung.

Auf S. 386 Zeile 8 ist statt 1889 zu lesen 1899.

DIE FORTSCHRITTE DER VERKEHRSTECHNIK UND DAS STÄRKEVERHÄLTNIS DER GROSZSTAATEN.

Von Dr.-Ing. D. THOMA, Gotha.

Daß die militärische und wirtschaftliche Kraft aller Staaten durch die Verbesserung der Verkehrsmittel (Eisenbahn, Dampfschiff, Telegraph und Telephon) gewachsen ist und weiter wachsen wird, bedarf keiner Erörterung. Weniger beachtet wird aber die Tatsache, daß die einzelnen Staaten in sehr verschiedenem Grade aus ihr Nutzen gezogen haben und ziehen werden.

Unter den Großstaaten lassen sich zwei ziemlich scharf getrennte Gruppen unterscheiden: die Staaten der einen verdanken ihre Macht der intensiven Bewirtschaftung eines verhältnismäßig kleinen Gebietes und der emsigen Arbeit einer dichtgedrängten Bevölkerung (z. B. Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn), während zur zweiten Gruppe diejenigen Staaten gehören, deren Macht vornehmlich aus der Weite des umfaßten Gebietes entspringt (z. B. Rußland, England mit Kolonien, die Vereinigten Staaten). Die Verbesserung der Verkehrsmittel kommt den weiten Staaten der zweiten Gruppe in ungleich stärkerem Maße zugute als den engen Staaten der ersten Gruppe, so daß sich das Stärkeverhältnis, auf das allein es beim Wettstreit der Völker ankommt, dauernd zugunsten der weiten Staaten verschiebt.

Die letzte große militärische Kraftprobe der Großstaaten vor der stürmischen Entwicklung der Verkehrstechnik waren die napoleonischen Kriege. Wie sehr sich das militärische Stärkeverhältnis seit jener Zeit verschoben hat, tritt bei einem Vergleich mit dem gegenwärtigen Kriege deutlich hervor.

Ohne Eisenbahn, Dampfschiff, Telegraph und Telephon würde Deutschland auch heute im großen und ganzen dieselbe Volkskraft an seinen Grenzen versammeln können, auch Frankreich und Österreich-Ungarn. Das weite Rußland würde aber nur einen geringen Teil seiner waffenfähigen Männer aufbieten und an die Grenze bringen können, die Versorgung mit Munition und anderen technischen Kriegsmitteln vom Auslande her wäre vollends unmöglich. England würde keine Linder gegen uns führen und nicht durch den Telegraphen die ganze Welt gegen uns aufhetzen können, die Vereinigten Staaten vermöchten uns bei weitem nicht soviel zu schaden, wenn sie ihre Schätze unseren Feinden mit Segelschiffen zuführen müßten.

Ähnlich steht es mit der Vergrößerung der wirtschaftlichen Macht der Großstaaten. Hier wird man bei einem Vergleiche mit der Vergangenheit besonders das Emporkommen der Vereinigten Staaten und des englischen Reiches bemerken müssen.

Bei den Vereinigten Staaten ist es auffallend, wie langsam ihre Bedeutung in der ersten Zeit nach der Unabhängigkeitserklärung und Besiedelung anwuchs. Es war eben für dieses große Gebiet, in dem so viele Möglichkeiten ruhten, unmöglich, sich als Ganzes zur Wirkung zu bringen, es war eine nicht organisierte Masse von Kleinstaaterei. Ganz anders heute, wo man von dem einen Ende der Union zum anderen telephonieren kann, wo mächtige Güterzüge die Waren mit Eilzuggeschwindigkeit über das ganze Land und an die Küste verteilen und wo schnellste Züge und Automobile

den Personenverkehr zwischen allen Stellen des weiten Landes mit einem Mindestmaß von Zeit und Unbequemlichkeit vermitteln. Die modernen Landverkehrsmittel haben die Union zu einem Organismus erhoben, der an wirtschaftlicher Kraft alle anderen Staaten überflügelt hat und der wohl auch eine ungeahnte militärische Kraft zu entwickeln fähig wäre.

In Deutschland und den anderen Staaten der ersten Gruppe konnte die Wirkung der neuen Verkehrsmittel nicht so groß sein, weil auf ihren kleineren Gebieten das wirtschaftliche Leben der Gesamtheit vordem weniger durch große Entfernungen gehemmt, die erreichbare Verbesserung also nicht so gewaltig war.

Der Gedanke des englischen Imperialismus wäre ohne die modernen Verkehrsmittel gar nicht gefaßt worden. Es wäre unmöglich, ohne diese das über die ganze Erde verstreute Reich zu einheitlicher Wirkung zusammenzuhalten. Ohne die geistigen Bande, welche der Telegrammverkehr durch die Seekabel knüpft, ohne die persönlichen Bande, welche der Personenverkehr auf den schnellen Dampfern zwischen dem Mutterland und den Kolonien unterhält, hätte der mit der Ablösung der Vereinigten Staaten — noch vor dem Aufschwung der Verkehrstechnik — beginnende Zersetzungs Vorgang sich auf andere in ihrer Eigenbedeutung wachsende Kolonien ausgedehnt. Der moderne Verkehr hat dies nicht nur verhindert, sondern die Kolonien noch fester als früher mit dem Mutterlande verbunden.

Die Verbesserung des Seeverkehres konnte den Staaten der ersten Gruppe wohl eine Erweiterung des Handels, nicht aber eine Steigerung der inneren Macht bringen.

Rußland hat in wirtschaftlicher Hinsicht noch nicht soviel Nutzen wie die andern weiten Staaten aus den neuen Verkehrsmitteln gezogen, weil diese dort noch nicht so ausgebaut und wirksam geworden sind. Für die Zukunft müssen wir aber mit diesem Ausbau rechnen, ja wir müssen sogar eine Verbesserung der technischen Möglichkeiten in die Rechnung einsetzen.

Schon heute sieht die Ingenieurkunst verschiedene zur Verbesserung der Verkehrsmittel führende Wege. Aber selbst wenn solche nicht erkennbar wären, müßten wir auf diese Entwicklung gefaßt sein. Denn es hat auch in den vergangenen Jahrzehnten Zeiten gegeben, in denen die Ingenieure keinen Weg zu großen Fortschritten, sondern nur die Möglichkeit nebensächlicher Verbesserungen sahen, und trotzdem ist später die Entwicklung sprunghaft weitergegangen.

Man vergegenwärtige sich, daß Rußland aus solchen Fortschritten einen ganz ungleich größeren Nutzen ziehen wird als wir. Nehmen wir einmal an, daß in einigen Jahrzehnten die Kosten und die Beförderungsdauer für den Landverkehr von Gütern und Personen auf die Hälfte vermindert wären. Die „wirtschaftliche Entfernung“ aller Stellen würde dadurch auf die Hälfte gebracht. Bei uns in Deutschland würde nur ein Teil des Gebietes und auch dieser keinen durchschlagenden Vorteil davon haben. Ganz anders in Rußland: Wenn die weiten Gebiete des Ostens, die Bergwerke des Ural und Kaukasus in die halbe Entfernung vom Westen, dem wirtschaftlichen Schwerpunkte des Reiches, gerückt werden, steigen ihr Wert und ihre Wirksamkeit für die Volkswirtschaft um ein Vielfaches.

Ganz ähnlich steht es mit der Wirkung des weiteren Ausbaues der Verkehrswege. Ein dichteres Bahnnetz wird zwar auch bei uns vielen Gebieten Vorteile bringen. Da aber praktisch schon alle Stellen des Reiches an der Gesamtwirtschaft teilnehmen, wird die Verdichtung des Bahnnetzes nicht so sehr die Gesamtwirtschaft stärken, als zum Sondervorteil der betreffenden Gebiete ausschlagen, die ihre Erzeugnisse mit geringeren Frachtkosten auf den Markt bringen und ebenso ihren Bedarf billiger werden heranschaffen können. In Rußland dagegen werden durch ein dichteres Bahnnetz Gebiete, die bisher am Warenaustausch garnicht oder nur mit besonders hochwertigen Waren teilnahmen, an die allgemeine Wirtschaft angeschlossen.

Zusammenfassend kann man mit einem dem Ingenieur geläufigen Ausdruck sagen, daß bei uns durch technische Fortschritte im Verkehrswesen und auch durch Verdichtung des Verkehrsnetzes für die Gesamtwirtschaft „nicht mehr viel zu holen ist“, wohl aber bei den weiten Staaten, insbesondere bei dem uns benachbarten Rußland.

Wir müssen erwarten, daß in Rußland, früher oder später, eine Entwicklung einsetzen wird, die derjenigen ähnlich ist, welche die Vereinigten Staaten durchgemacht haben. Da wirtschaftliche Stärke durch die Volksvermehrung eine Erhöhung auch der militärischen Macht nach sich zieht, verdient diese mit ziemlicher Sicherheit voraussehende Entwicklung unsere erste Beachtung.

Die Weltgeschichte früherer Jahrhunderte zeigt, daß als Korrektiv gegen die Übermacht wachsender Großstaaten Ablösung entfernter aufblühender Provinzen, Zerfall des Staatsgebildes auftritt. Wir dürfen nicht hoffen, daß sich dieser Vorgang bei einem erstarkenden Rußland wiederholen wird. Ähnlich wie beim englischen Reich wird der gesteigerte Verkehr ihn abwenden. Wenn die zentrale Gewalt durch Telegraph und Telephon dauernd über alle Vorgänge auch in den entferntesten Provinzen unterrichtet bleibt und dort auf demselben Wege ihrem Willen, im Notfall unterstützt durch schnell herangeführte Waffengewalt, Geltung verschaffen kann, ist ein Zerfall so gut wie unmöglich. Der russische Koloß, mit Schienen und Drähten überspannt, ruht nicht mehr auf tönernen Füßen.

Es kann nichts nützen, uns der Erkenntnis zu verschließen, daß durch die Fortschritte der Verkehrstechnik die weiten Staaten begünstigt werden. Vielmehr ist es notwendig, diese im stillen, vielen unbemerkt, wirkenden Kräfte vorurteilsfrei zu belauschen, um dann zweckmäßig handeln zu können. Dann werden unsere Friedens- und Handelsverträge nicht nur für die nächste, sondern auch für fernere Zukunft vorteilhaft sein, und unsere äußere Politik wird das Ziel treffen. Eine erkannte Gefahr ist nur noch eine halbe Gefahr. Die durch den Verkehr erschlossene Weite des Gebietes ist nur einer von den vielen Umständen, die zur Macht eines Staates beitragen. Das deutsche Volk, dessen gewaltige Kraft erst im Kriege offenbar geworden ist, wird durch Geist, Pflichttreue und Arbeit die Ungunst der Zeitläufte bezwingen und sich den ihm gebührenden Rang in der Welt sichern.

DIE STELLUNG DER DEUTSCHEN MASCHINEN- INDUSTRIE IM DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSLEBEN UND AUF DEM WELTMARKTE.

Von Dipl.-Ing. FR. FRÖLICH, Charlottenburg.

(Fortsetzung von Seite 458)

A u s t r a l i e n .

Australiens Einfuhr an Maschinen bewertet sich auf rd. 50 Millionen M. Großbritannien ist daran mit der Hälfte und die Vereinigten Staaten mit einem Viertel beteiligt; auf Deutschland kommen nur 5 vH. Die englischen Erzeugnisse genießen Vorzugzölle. Hier zeigt sich die eigenartige Erscheinung, daß die englische Ausfuhrstatistik erheblich höhere Werte aufweist als die australische Einfuhrstatistik, auf die mit Rücksicht auf die den britischen Waren gewährten Vorzugzölle der größere Verlaß sein dürfte. Da die Unterschiede in den statistischen Anschreibungen über die Einfuhr der beiden Wettbewerbländer nicht genügen, um den Unterschied in den Nachweisen über den englischen Anteil zu erklären, so dürften Unterschiede in der Anschreibweise vorliegen.

In der Hauptsache werden folgende Maschinen eingeführt:

Motoren und Kraftmaschinen aller Art für 13 Millionen M; sie stammen zu 85 vH aus Großbritannien.

Kraftfahrzeuge und Fahrräder für rd. 10 Millionen M; daran ist außer Großbritannien und den Vereinigten Staaten auch Italien beteiligt, Deutschlands Anteil beträgt nur etwa $\frac{1}{2}$ Million M.

Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte für 9 Millionen M; zu etwa gleichen Teilen aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Kanada.

Dampfmaschinen für $4\frac{1}{2}$ Millionen M; zu drei Vierteln aus Großbritannien und annähernd einem Viertel aus den Vereinigten Staaten.

Nähmaschinen für $3\frac{1}{2}$ Millionen M; zur Hälfte aus Großbritannien, rd. 30 vH aus den Vereinigten Staaten und 20 vH aus Deutschland.

Lokomobilen für $2\frac{1}{2}$ Millionen M; zu drei Vierteln aus Großbritannien, zu annähernd einem Viertel aus den Vereinigten Staaten.

Werkzeugmaschinen für 1 Million M; zu 50 vH aus Großbritannien, 30 vH aus den Vereinigten Staaten und nur zu 10 vH aus Deutschland.

Sonstige Maschinen für 11 Millionen M; zu 50 vH aus Großbritannien, 30 vH aus den Vereinigten Staaten und 10 vH aus Deutschland.

Die deutsche Maschinenindustrie ist einstweilen nur mit unbedeutenden Summen an der Versorgung des australischen Marktes beteiligt, sie wird bedeutende Anstrengungen machen müssen, um ihren Erzeugnissen besseren Absatz zu verschaffen. Dazu wird vor allem erforderlich sein, daß sie sich den eigenartigen Verhältnissen Australiens anpaßt, was am besten durch die Aussendung von eigenen Reisenden oder die Bestellung von eigenen Agenten in die Wege geleitet wird. Der Australier hat die Neigung, unter Ausschaltung des Zwischenhandels unmittelbar mit dem Lieferer in Beziehung zu treten. Darum wird es von größter Bedeutung sein, tüchtige und gewandte Leute an Ort und Stelle zu haben, die zur Erlangung von Aufträgen unmittelbar an die Verbraucher herantreten.

Deutsche Kolonien.

Besonderes Interesse bietet für die deutsche Maschinenindustrie noch die Frage der Absatzmöglichkeiten in den deutschen Kolonien. Diese sind in letzter Linie doch für die Zukunft unsere sichersten überseeischen Absatzgebiete; Zollschwierigkeiten oder sonstige politische Verwicklungen können hier die Einfuhr deutscher Maschinen nicht hintanhalten.

Die bisherige Ausfuhr Deutschlands an Maschinen nach den Kolonien ist allerdings noch recht gering. Sie bewertete sich im Jahre 1910 auf rd. 7 Millionen M und umfaßte Maschinen für Landwirtschaft, Transport und Industrie. Bei dieser bescheidenen Ausfuhrzahl ist aber zu bedenken, daß heute erst der zehnte Teil unserer Kolonien wirtschaftlich erschlossen ist.

Die weitere Entwicklung der Kolonien stellt der Industrie eine ganze Reihe von großen technischen Aufgaben, die zum Teil mit großen kolonialen Aufgaben zusammenfallen. So ist die Einführung einer deutschen Motorschiffahrt geplant zur wirtschaftlichen Erschließung des südöstlichen Alt- und Neukameruns und um unsere großen Seengebiete in Ostafrika an den Weltverkehr anzuschließen. Außer den Lieferungen für den Bau der Schiffe steht für die Maschinenindustrie noch in Aussicht die Beschaffung von Baggern, Kranen, Pumpen und sonstigen Maschinen und Geräten für Flußregulierungen und Hafengebäuden. Ferner eröffnen sich der Maschinenindustrie neue Absatzmöglichkeiten für Maschinen für die Landwirtschaft, Transport und Industrie, besonders in Kamerun und Deutsch-Ostafrika.

Hier fördernd zu wirken für unsere Kolonien und gleichzeitig für die heimische Maschinenindustrie, hat sich die Technische Kommission des Kolonialwirtschaftlichen Komitees zur Aufgabe gemacht. Diese hat neuerdings in Aussicht genommen, in der wirtschaftlich am meisten entwickelten Kolonie Deutsch-Ostafrika eine ständige technische Stelle einzurichten, die mit einem erfahrenen Ingenieur und einigen Technikern besetzt werden soll. Die Tätigkeit des Ingenieurs soll darin bestehen, die Bedürfnisse der Kolonie an Maschinen und Geräten zu studieren und über die gemachten Erfahrungen und Aussichten für einen vermehrten Absatz von Maschinen unparteiische Berichte zu liefern, die der heimischen Maschinenindustrie zur Verfügung gestellt werden sollen. Er soll die vom Kolonialwirtschaftlichen Komitee eingerichtete ständige Maschinen- und Geräteausstellung in Daressalam leiten und für die heimische Industrie nutzbringend ausgestalten. Er soll ferner die Vorführung von Maschinen im Betrieb und das vom Komitee eingerichtete Saatzwerk, das als Musterbetrieb für die Kolonien wirken soll, leiten, gegebenenfalls neue Musterbetriebe einrichten. Der Ingenieur soll die bis jetzt an den Verkehr angeschlossenen Gebiete der Kolonie bereisen, die vorhandenen technischen Betriebe besuchen und die an Ort und Stelle gesammelten Erfahrungen in seinen Berichten niederlegen. Zugleich soll er sich mit den großen Unternehmungen in der Kolonie, wie Eisenbahnbau, Hafengebäude, Bergbau, Wasserbau, Schifffahrt, drahtlose Telegraphie usw., befassen und auch über diese unter dem Gesichtspunkt einer vermehrten Absatzmöglichkeit für die Maschinenindustrie berichten.

Eine weitere wichtige Aufgabe dieser ständigen technischen Stelle wird in der Erziehung eines Stammes von geschulten Arbeitern und Monteuren aus der eingeborenen Bevölkerung bestehen, damit das nötige Personal für

die Wartung von Maschinen und nötigenfalls für deren Ausbesserung in der Kolonie herangezogen wird; denn ohne ein solches sind die Maschinen in den unwirtschaftlichen Gegenden wertlos.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß das Mutterland den Bedarf seiner Kolonien in erster Linie selbst zu decken sucht; besonders beachtenswert ist aber im Zusammenhange hiermit, welche Mittel von Großbritannien angewendet werden, um seine führende Stellung auf den großen Absatzmärkten seiner Kolonien zu sichern. Mit Hülfe der amtlichen Stellen werden auf Anregung der Londoner Handelskammer in den englischen Kolonien fortwährend solche Gegenstände ausländischer Herkunft gesammelt, die im Wettbewerb mit den britischen Erzeugnissen draußen Erfolg haben. Diese Gegenstände werden dann im Heimatlande von Zeit zu Zeit in Sammlungen ausgestellt, und zwar mit eingehenden Berichten über Herstellungskosten, Zölle, Verkaufspreise und ähnliche wichtige Punkte, die als Grundlagen für die sofort aufzunehmende Herstellung in englischen Werkstätten dienen können. Unter dieser Art des Wettbewerbes hatten z. B. in Südafrika wiederholt gerade deutsche Erzeugnisse zu leiden.

Entwicklung der Maschineneinfuhr eines fremden Landes.

Zieht man aus der Betrachtung der verschiedenartigen Verhältnisse in den verschiedenen Staaten die allgemeinen Schlußfolgerungen, wie sich die Absatzverhältnisse für Maschinen in einem Land im allgemeinen zu gestalten und zu entwickeln pflegen, so entsteht ungefähr folgendes Bild:

Zunächst kommen in Aufnahme landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, in den Städten die einfacheren Hilfsmaschinen und hauswirtschaftlichen Maschinen, insbesondere in größeren Mengen Nähmaschinen und Schreibmaschinen. In der Landwirtschaft bringt die Lokomotive die erste Krafterzeugung, in den Städten für das Gewerbe heute der kleine Verbrennungsmotor. Sind Wasserkräfte im Lande vorhanden, so stellt sich alsbald Elektrizitätserzeugung für Licht- und Kraftversorgung ein, aber auch ohne Wasserkräfte werden in den Städten Elektrizitätswerke für Beleuchtungszwecke gebaut, denen bald Straßenbahneinrichtungen folgen. Sind Bodenschätze vorhanden, so finden Bergwerksmaschinen, Transport- und Verladeeinrichtungen Eingang. Einen starken Anstoß für die Einfuhr von Maschinen bedeutet der Bau von Eisenbahnen, womit zugleich die Industrialisierung Fortschritte macht und nicht nur Lokomotiven und Wagen, sondern auch Werkzeugmaschinen für Reparaturwerkstätten, sowohl für die Bedürfnisse der Bahnen, als auch für diejenigen der sich entwickelnden Industrie folgen. Sehr beachtenswert ist ferner der starke Bedarf, der in Kraftwagen, Krafträdern und Fahrrädern durch die moderne Entwicklung dieser Verkehrsmittel entstanden ist; diese Erzeugnisse haben sich in vielen Ländern zu einem sehr bedeutenden Einfuhrgegenstand herausgebildet. Der Kraftwagenverkehr ist zum Teil auch berufen, die kostspieligen Eisenbahnbauten zunächst zu ersetzen und zu ergänzen.

Die sich allmählich entwickelnde Industrie richtet sich in ihrer Zusammensetzung naturgemäß ganz nach den Besonderheiten des einzelnen Landes, je nachdem, welche Rohstoffe sich finden oder erzeugt werden und in welchem Maße die Verarbeitung der Rohstoffe im Lande selbst möglich ist. Klima, Bevölkerung, Bodengestaltung und mancherlei andere Dinge sind für letzteres mitbestimmend.

Mit der zunehmenden Industrialisierung wächst die Einfuhr von Maschinen aller Art, insbesondere von Arbeitsmaschinen für die Gewerbe und Antriebmaschinen zur Krafterzeugung. Hierbei kann die heimische Ausfuhrindustrie sehr erheblich unterstützt werden durch die heimischen Finanzkreise, wenn diese den industriellen Aufschwung der fremden Länder durch Kapitalhergabe erleichtern und fördern und zugleich der heimischen Industrie die dadurch zur Verfügung stehenden Aufträge sichern; in dieser Beziehung gehen namentlich die großbritannischen, nicht minder aber auch die amerikanischen, belgischen und französischen Finanzkreise vorbildlich vor und finden dabei vor allem die tatkräftige Unterstützung ihrer Regierungen.

In dem Maße, wie sich die Industrie in einem Land entwickelt, entsteht sodann auch das Bedürfnis nach Reparaturwerkstätten, um den zeitraubenden Betriebsstörungen entgegenzuwirken. Diese Reparaturwerkstätten beginnen bald, wenn der Charakter der Bevölkerung und die Arbeitsgelegenheiten günstig sind, den Bau zunächst einfacher Maschinen aufzunehmen. So entsteht der einführenden Maschinenindustrie ein vorderhand zwar unbedeutender Wettbewerb im Lande selbst, der aber doch dazu führt, daß die Einfuhr sich höherwertigen Erzeugnissen zuwendet, für welche mit der steigenden Industrialisierung auch Absatzmöglichkeiten geschaffen werden, während die einfacheren gröberen Maschinen allmählich im Lande selbst hergestellt werden.

Ist dieser Zustand erreicht, so muß zugleich damit gerechnet werden, daß die Abnehmerkreise des betreffenden Landes, vor allem die staatlichen und gemeindlichen Verwaltungen, jede Gelegenheit wahrnehmen, um die sich entwickelnde Maschinenindustrie zu fördern. Dazu gehört neben Schutzzollbestrebungen vor allem auch die Gewährung von Aufpreisen gegenüber dem ausländischen Wettbewerb, der die Einführer von Maschinen zu Preisnachlässen zwingt.

Sobald sich eine entsprechende Industrie in einem Lande zu entwickeln beginnt, wird die bisher Maschinen einführende Industrie diesen Entwicklungsgang nicht mehr aufhalten können; sie muß sich dann entsprechend einrichten, indem sie einmal dazu übergeht, immer höherwertige Erzeugnisse und Sondererzeugnisse zur Einfuhr zu bringen, und indem sie weiter durch Verbindung mit der neu entstehenden Industrie in anderen Formen sich einen Gewinn zu verschaffen sucht. Einer hochentwickelten Maschinenindustrie wird es nicht schwer fallen, sich, wenn der Absatz ihrer Erzeugnisse bedroht ist oder gar aussichtslos wird, durch Absatz ihres geistigen Eigentumes in der Form des Verkaufes von Konstruktionen, von Patentabkommen usw. doch noch einen dauernden Einfluß und weiteren Gewinn zu sichern.

Der so geschilderte Entwicklungsgang weist naturgemäß je nach den verschiedenartigen Vorbedingungen in jedem Land eine andere Spielart auf, aber in großen Zügen läßt er sich fast überall verfolgen; seine einzelnen Phasen zu beobachten ist Sache der einführenden Industrie, insbesondere der deutschen Maschinenindustrie, damit sie nicht durch den Wettbewerb eines anderen ebenfalls an der Einfuhr von Maschinen beteiligten Landes aus dem Sattel gehoben wird.

Bis heute hat gerade die aufmerksame Beobachtung dieser Entwicklung und die Anpaßfähigkeit der deutschen Maschinenindustrie an die besonderen Erfordernisse der fremden Märkte große Erfolge zu verzeichnen gehabt; hof-

fentlich wird es ihr auch in Zukunft gelingen, in diesem Punkte die erforderliche Achtsamkeit und Regsamkeit aufzuweisen.

III.

Mittel zur Förderung der deutschen Maschinenausfuhr¹¹⁾.

Aus den Darlegungen ist die große Bedeutung der Maschinenindustrie und ihrer Ausfuhr für das deutsche Wirtschaftsleben unschwer ersichtlich; bei dieser großen volkswirtschaftlichen Bedeutung muß es von ganz besonderer Wichtigkeit sein, die Mittel und Wege kennen zu lernen, die zur Schaffung neuer Absatzmöglichkeiten im Ausland und zur Verbesserung der schon vorhandenen zur Verfügung stehen.

In erster Linie seien erwähnt die amtlichen Vertretungen im Ausland, insbesondere die Konsularbeamten und die Handelssachverständigen.

Die Aufgabe, die diesen mit der Unterrichtung der Werke im Heimatlande zufällt, ist umfangreich, aber auch lohnend. Diese Unterrichtung soll den einzelnen Industriezweigen die Möglichkeit geben, zu beurteilen, ob und mit welchen Aussichten sich ihnen Absatzgebiete im Ausland eröffnen; sie soll der Agentur des einzelnen Werkes ermöglichen, eine erfolgreiche Tätigkeit aufzunehmen; die amtlichen Vertretungen sollen aber nicht, was ihnen leider so manches Mal zugemutet wird, selbst eine Art von Agententätigkeit ausüben.

Ehe Sondermitteilungen irgendwelchen praktischen Wert erhalten, muß eine Unterrichtung allgemeiner Art über die Auslandsverhältnisse vorausgegangen sein. Hierbei handelt es sich z. B. um die Schilderung des Landes, des Klimas, der Leute, der Bevölkerungsdichtigkeit, des Volkscharakters, der Kultur, der Lebensgewohnheiten. Dazu kommen Verhältnisse, über die gerade nur die amtliche Vertretung sichere Aufschlüsse geben kann, die augenblicklichen politischen Verhältnisse, Regierungsformen, Neigung zu Unruhen, Stimmung gegen Deutsche und deutsche Erzeugnisse. Sehr wichtig sind sodann die wirtschaftlichen Verhältnisse, also Kenntnis der Finanzen, Zölle, insbesondere Vorzugzölle; Nachrichten über die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie, über den Einfluß deutschen und fremden Kapitals im Land usw.

Ebenso interessiert die Tätigkeit und der Erfolg des nichtdeutschen Wettbewerbes. Ferner sind von Bedeutung Nachrichten über die Verkehrsverhältnisse, über Bahnen, Schifffahrt, Häfen und Landwege, und zwar sowohl in technischer als auch in organisatorischer Hinsicht.

Endlich sind noch die sozialen Verhältnisse beim Erwägen der Ausfuhrmöglichkeiten von größter Wichtigkeit. Erforderlich ist die Kenntnis der

¹¹⁾ An dieser Stelle sei noch hingewiesen auf die einschlägigen Veröffentlichungen des Reichsamtes des Innern und des Kaiserlichen Statistischen Amtes: „Handbuch für den deutschen Außenhandel“, „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“, Deutsches Handelsarchiv“, „Berichte über Handel und Industrie“, „Zoll- und handelsrechtliche Bestimmungen des Auslandes“, „Monatliche Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands“, „Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“.

fremden Gesetzgebung, insbesondere hinsichtlich des Schutzes der Industrieerzeugnisse und des Schutzes von Geldforderungen. Auch die Arbeiterverhältnisse spielen oft eine bedeutende Rolle.

Von besonderem Wert ist eine rasche Benachrichtigung über große Geschäfte, Pläne für Neugründungen, Konzessionen, Beschaffungen von erheblichem Wert, Angaben über finanzielle Beteiligung usw.

Alles in allem also eine Fülle von Möglichkeiten für die Konsularbeamten, der heimischen Industrie wertvolle Dienste zu leisten.

Die heimische Industrie wird bei ihren Anfragen bei den amtlichen Vertretungen aber auch zu beachten haben, daß sie die Fragen nicht zu allgemein hält, sondern daß sie genau umgrenzt, worauf es ankommt, und womöglich gleich ergänzend mitteilt, was ihr über die dortigen Verhältnisse bereits bekannt ist. Daraus wird die angefragte Stelle erkennen, nach welcher Richtung neue Mitteilungen gewünscht werden, und sie wird zugleich die erhaltenen Mitteilungen nachprüfen können, außerdem wird ihr nutzlose Arbeit erspart.

In allen diesen Fragen steht den amtlichen Vertretern auch jederzeit die Mitwirkung der wirtschaftlichen Verbände der heimischen Industrie zur Verfügung. Die wirtschaftliche Interessenvertretung der deutschen Maschinenindustrie, der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten, ist zu diesem Zweck eifrig bemüht, die Beziehungen seiner Geschäftsstelle zu den amtlichen Vertretungen des Reiches auszubauen und nutzbringend zu gestalten, insbesondere auch in dem Nachweis entsprechender Bezugsquellen bei Bedarf von Maschinen, vor allem von Sondermaschinen, deren Hersteller weniger bekannt sind.

Neben der allgemeinen berichtenden Tätigkeit haben die amtlichen Vertretungen noch die besondere Aufgabe, durch zeitweilige persönliche Fühlungnahme mit den heimischen Kreisen die Ergebnisse ihrer Studien für die unmittelbaren Bedürfnisse des einzelnen Industriellen nutzbringend zu verwerten, zu welchem Zweck auf Rundreisen durch das Deutsche Reich Fühlung mit den an ihren Arbeiten interessierten Handels- und Industriekreisen zu suchen sein wird. Diese Fühlungnahme wird von den Konsularvertretern bisher nicht im genügenden Maße gesucht, etwas mehr von den den Konsulaten beigegebenen Handelssachverständigen. Auch sind es meist nur die Handelssachverständigen, welche größere Studienreisen mit bestimmten Aufgaben ausführen, Arbeiten, die gerade von besonderem Werte für die heimische Industrie sind. Da nur bei den wenigsten Konsulaten Handelssachverständige vorhanden sind, so ergibt sich die unerfreuliche Folge, daß die Konsuln selbst, in deren Hand doch die Haupttätigkeit für die wirtschaftliche Förderung liegen soll, entweder gar keine oder nur eine aus zweiter Hand gewonnene Fühlung mit dem Wirtschaftsleben der Heimat und seinen Vertretern haben.

Leider fehlen im deutschen Reichshaushalte noch die erforderlichen Mittel für eine großzügige Unterstützung der deutschen Ausfuhrbestrebungen durch die amtlichen Vertretungen; bekanntlich hat der Deutsche Reichstag sogar die geringen hierfür ausgeworfenen Mittel vor nicht allzulanger Zeit streichen wollen, und nur dem energischen Einspruche der großen wirtschaftlichen Körperschaften ist es zu danken, daß dies unterblieben ist. Das Ausland, insbesondere die Vereinigten Staaten, könnten in dieser Beziehung als Vorbild dienen. Wenn dort die Unterstützung der Ausfuhr als notwendig oder

zweckmäßig anerkannt wird, so stehen sowohl für die wissenschaftliche Unterstützung durch Studienreisen als auch für die Unterstützung durch amtliche Berichterstattung jederzeit große Mittel, sowohl von privater als wie von amtlicher Seite, zur Verfügung, und neben den Vereinigten Staaten geht auch Großbritannien in dieser Hinsicht großzügig vor.

In welcher Weise diese Mittel verwendet werden sollen, ob sie den Konsularvertretungen, den Handelssachverständigen oder etwa nicht amtlichen, nur für eine bestimmte Aufgabe gewonnenen Fachleuten zur Verfügung gestellt werden sollen, muß von der Lage der Verhältnisse des einzelnen Falles, insbesondere von der Eignung, den Kenntnissen und Eigenschaften der einzelnen Personen und den gerade vorliegenden Aufgaben abhängig gemacht werden. Hier zu vereinheitlichen, wäre durchaus verfehlt, denn gerade die Personenfrage wird in den meisten Fällen ausschlaggebend für den Erfolg sein. In manchen Ländern und zu manchen Zeiten wird ein Mann mit möglichst großer Kenntnis der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse den Interessen des deutschen Handels und der deutschen Industrie die besten Dienste leisten, und dann dürften die Konsularbeamten, wenn sie gut vorgebildet sind und Land und Leute durch längeren Aufenthalt bereits kennen gelernt haben, die gegebenen Personen für diese Aufgabe sein. An anderen Stellen, namentlich wenn die Geschäfte des Konsulates erheblichen Umfang angenommen haben, wird es notwendig sein, dem Konsul mehr Hilfskräfte (Vizekonsuln) beizugeben, die ihn von laufenden Geschäften entlasten und ihm sei es die Möglichkeit zu Informationsreisen, sei es die Muße zur Bewältigung größerer wirtschaftlicher Aufgaben geben. Auch diese Vizekonsuln selbst, die ja bereits im Inland auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit vorbereitet werden, sollten gerade im Interesse ihrer weiteren Ausbildung im Ausland zu solchen Aufgaben herangezogen werden. Schließlich aber wird es in vielen Fällen auch darauf ankommen, Personen mit ganz besonderer Sachkunde zum Studium bestimmter Fragen zu entsenden, die niemals der Beamtenlaufbahn entnommen werden können und meist auch nur für beschränkte Zeit und für bestimmte Aufgaben werden gewonnen werden können, auch kaum den Wunsch haben werden, in die Beamtenlaufbahn hineinzuwachsen. Während bei letzteren nach Lage der Verhältnisse nur eine ganz vorübergehende Tätigkeit in Frage kommt, wird bei den anderen im Auslande tätigen Personen, wenn sie sich bewähren, eine längere Tätigkeit in einem und demselben Wirtschaftsgebiet erwünscht erscheinen; denn nur bei längerer, ständiger Fühlungnahme mit den industriellen und Handelskreisen eines Staates werden sie der heimischen Industrie wertvolle Dienste leisten. Die heutige Regelung der Auswahl, der Stellung und der Beschäftigung der Konsuln und Handelssachverständigen hat nach dieser Richtung noch mancherlei Punkte, die vielleicht eine Änderung wünschenswert erscheinen lassen; die Bestrebungen für die gründlichere Ausbildung der Konsularanwärter sind ein Schritt auf diesem Wege, dessen Erfolg sich naturgemäß erst in Jahren zeigen kann. Vor allem aber hat die amtliche oder mit amtlicher Unterstützung erfolgende Entsendung von Sonderfachleuten für bestimmte Studienzwecke, die das Ausland, insbesondere die Vereinigten Staaten, mehrfach mit großem Erfolg unternommen hat, bei uns noch so gut wie garricht stattgefunden, abgesehen von gelegentlichen Studienreisen von Beamten der Fachministerien der Bundesstaaten, deren Be-

richte teilweise aber der Industrie gar nicht oder nur teilweise zugänglich gemacht worden sind. Hier liegen für die Reichsregierung noch große Möglichkeiten, durch planmäßiges Vorgehen Handel und Industrie zu unterstützen und zu fördern, und bei nutzbringender Verwendung der hierfür bewilligten Mittel werden die gesetzgebenden Körperschaften auch wohl geneigt sein, allmählich die hierfür ausgesetzten Mittel zu erhöhen, wie auch die Industrie geneigt sein dürfte, Mittel beizusteuern, wenn auf ihre Wünsche entsprechend Rücksicht genommen und ihr ein gewisser Einfluß eingeräumt wird.

Aber auch die Industrie wird mehr als bisher darauf bedacht sein müssen, die amtlichen Auslandsvertretungen über ihre Wünsche und Bedürfnisse zu unterrichten und auf dem laufenden zu erhalten; dabei wird sie sich der Mühe unterziehen müssen, diese Unterrichtung den besonderen Verhältnissen des betreffenden Landes anzupassen.

Neben den amtlichen Vertretungen, den Botschaften und Konsulaten, ist aber auch noch eine halbamtliche Vertretung von Handel und Industrie im Auslande möglich: in der Form von deutschen Handelskammern im Auslande. Für die Einrichtung solcher Kammern bemühen sich seit langem verschiedene deutsche Handelskammern und der Deutsche Handelstag. Die deutsche Reichsregierung aber hält mit ihrer Mitwirkung zurück. So ist die einzige durch privates Vorgehen im Auslande gegründete deutsche Handelskammer in Brüssel im Jahre 1904 wegen Geldmangels wieder eingegangen. Andere Länder sind nicht so zurückhaltend, sie gründen solche Kammern im Ausland und unterstützen sie sogar aus öffentlichen Mitteln. Dort, wo ein wirkliches Bedürfnis für eine solche Einrichtung im Auslande besteht, sollte die Reichsregierung aus ihrer Zurückhaltung heraustreten und vorsichtig unterstützend eingreifen, denn nur halbamtliche Einrichtungen mit einer Art Beamtschaft, die von dem Wechsel der privaten mitwirkenden Persönlichkeiten unabhängig ist, werden sich auf die Dauer als lebensfähig erweisen; dann aber erscheinen sie, zielbewußte Persönlichkeiten in ihnen vorausgesetzt, wohl geeignet, den Absatz deutscher Erzeugnisse im Auslande nachdrücklichst zu fördern und ihm die Wege zu ebnen.

Zu nennen sind an dieser Stelle auch die zwischenstaatlichen Vereinigungen, die sich die Pflege der Beziehungen zwischen zwei Staaten angelegen sein lassen. Diese Vereine mögen in mancher Beziehung gute Dienste leisten, indem sie, besonders wenn sie ihre Mitglieder in beiden Ländern suchen, gewisse Beziehungen namentlich persönlicher und kultureller Art zu pflegen wohl geeignet erscheinen; zur Förderung der heimischen Ausfuhr aber können sie nur in beschränktem Maße mitwirken. Die ausgesprochen heimischen Handelsinteressen zu vertreten und zu verfolgen, sind sie naturgemäß nur dann in der Lage, wenn sie sich auf heimische Mitglieder beschränken, also diesen Zweig ihres Arbeitsgebietes gewissermaßen in eine heimische Abteilung verlegen, was aber wieder gewisse Schwierigkeiten mit sich bringt. Dazu kommt, daß die meisten derartigen Vereinigungen an Geldmangel leiden, und so wäre zu wünschen, daß der Zersplitterung, die zur Zeit in Deutschland auf diesem Gebiete herrscht, durch Zusammenfassung aller dieser Bestrebungen in einer einheitlichen Organisation zu gemeinsamer gleichgerichteter Arbeit entgegengewirkt und ein Ende bereitet würde. Dann könnte mit denselben Mitteln sehr viel mehr zum Nutzen von Industrie und

Handel geleistet werden. Vor allen Dingen wäre aber erforderlich, daß diese Vereinigungen sich auf die Förderung der Beziehungen zum Auslande beschränken und jede Beeinflussung der heimischen Handelspolitik unterlassen würden; denn die Sonderwünsche, die sich aus den Beziehungen zu einem einzigen fremden Lande ergeben, sind naturgemäß einseitig und können in ihrer Wirkung auf die deutsche Handelspolitik nur im Rahmen der gesamten deutschen Außenhandelsbeziehungen betrachtet werden.

Was der deutschen Industrie zur Förderung ihrer Auslandabsätze not tut, und was durch die amtliche Berichterstattung einstweilen jedenfalls in durchaus unzulänglicher Weise vermittelt wird und wohl auch niemals in ausreichendem Maße wird vermittelt werden können, das ist eine intime Kenntnis der gesamten Handelsverhältnisse der Auslandmärkte und ihrer Entwicklung. Die naturgemäß allgemein gehaltenen Mitteilungen der amtlichen Stellen im In- und Auslande müssen hier durch die Arbeiten privater Körperschaften ergänzt werden, und da es sich bei den Bedürfnissen der einzelnen Industriezweige um Fragen handelt, zu deren Beantwortung Fachkenntnisse Voraussetzung sind, so erwächst den industriellen Fachvereinigungen hier eine bedeutungsvolle Aufgabe. Diese Arbeiten, die ständig vorgenommen werden müssen, damit die deutsche Industrie ihre Stellung auf dem Weltmarkte behauptet, durch Gemeinsamkeitsarbeit in zentralen Vereinigungen zu vereinfachen und zu erleichtern, wird die Aufgabe der Zukunft sein, nachdem die Bestrebungen zur Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Welthandel“ leider gescheitert sind. Solche Arbeiten stellen zugleich wertvolle Vorarbeiten für die zoll- und handelspolitischen Verhandlungen dar, indem sie die zahlenmäßigen Unterlagen über die tatsächlichen Verhältnisse und damit das statistische Rüstzeug liefern, dessen wir für den Ausbau der Handelspolitik des Deutschen Reiches, namentlich bei den Handelsvertragsverhandlungen, dringend bedürfen.

Sehr wertvolle Unterstützung gewähren der deutschen Ausfuhrpolitik die deutschen Schulen im Auslande. Für die Maschinenindustrie kommen dabei insbesondere technische Schulen im Auslande in Frage, um die mittleren technischen Kräfte heranzubilden, deren eine große Zahl für die industriellen Unternehmungen des Auslandes als Betriebsleiter und Betriebsingenieure nötig sind. Ohne entsprechend vorgebildete einheimische Beamte können die vorzüglichsten maschinellen Einrichtungen nicht im Betrieb und im Stande gehalten werden, was mit Rücksicht auf die späteren Nachbestellungen von größter Bedeutung ist. Bei dem sehr viel verwickelteren Bau der deutschen Maschinen, der sich aus dem höheren Stande der technischen Wissenschaft in Deutschland gegenüber Großbritannien und den Vereinigten Staaten herleitet, ist dieser Punkt besonders beachtenswert. Aber auch die allgemeinen Schulen, namentlich die höheren Schulen, welche die Vorbildung zum Besuch der deutschen Technischen Hochschulen vermitteln, sind von Bedeutung. Dem Ausländer sollte auch im allgemeinen der Besuch der deutschen Technischen Hochschulen nicht erschwert werden, wie dies neuerdings aus Anlaß der eingerissenen Mißstände vielfach gefordert worden ist. Die Anwesenheit der Ausländer übt nicht nur auf die deutschen Studenten einen bildenden Einfluß aus, sondern erleichtert dem deutschen Ingenieur durch die während seiner Studienjahre angeknüpften Beziehungen

auch das Bestreben, im Auslande Fuß zu fassen. Die Ausländer dagegen, die auf deutschen Technischen Hochschulen studieren, lernen deutsche Eigenart kennen und werden im allgemeinen auch im späteren Geschäftsleben Beziehungen mit der deutschen Industrie pflegen. Die Gefahr, daß diese ausländischen Studenten wertvolle deutsche Konstruktionen und Erfahrungen ins Ausland verschleppen und damit dem deutschen Maschinenbau später Wettbewerb bereiten, tritt demgegenüber in den Hintergrund. Diese Gefahr droht der heimischen Industrie viel mehr von den fremdländischen Studienreisenden, von denen sich manche als planmäßige Industriespione erweisen und bei deren Aufnahme daher Vorsicht geübt werden sollte; allerdings sollte diese Vorsicht im Interesse der guten Beziehungen zum Auslande nicht schematisch walten, wie dies leider vielfach geschieht, indem grundsätzlich jeder Ausländer abgewiesen wird. Der Ausländer dagegen, welcher in Deutschland seine Ausbildung genießt, lernt deutsche Maschinen und deutsche Einrichtungen kennen, und wenn er später in seiner Heimat Betriebsleiter geworden oder sonst zu Einfluß gekommen ist, so wird er sicher beim Einkauf die ihm bekannten deutschen Bauarten vorziehen, schon um sich das Studium neuer Maschinen zu ersparen; denn durchweg wird ihm seine spätere Tätigkeit nur wenig Zeit für besondere eingehende Studien lassen, er wird vielmehr darauf bedacht sein, sich diese Arbeit tunlichst zu ersparen. Die Amerikaner haben z. B. dadurch, daß sie den Japanern Gelegenheit zur Ausbildung an ihren Schulen und in ihren Fabriken gegeben haben, große Erfolge errungen und sind auf dem besten Wege, für China das Gleiche zu erreichen und sich einen Vorsprung zu sichern, den einzuholen später sehr schwer sein wird. Auch die deutsche Industrie sollte sich daher dem Ausländer, der in Deutschland technischen Studien obliegt, nicht zu streng verschließen. Das Maß des Entgegenkommens wird sich naturgemäß ganz danach richten, welche Erzeugnisse in Frage stehen. Bei Erzeugnissen, in denen die heimische Industrie einen unbestrittenen Vorsprung vor dem Auslande hat, wird man nicht eingehenderen Einblick in die Fabrikation gewähren können, weil die Gefahr des Nachahmens größer ist und die Absicht des Spionierens eher vorliegen wird; dagegen wird bei Erzeugnissen, die auf dem Weltmarkte gegen den Wettbewerb anderer Länder, insbesondere gegen den Wettbewerb der englischen und amerikanischen Industrie, abgesetzt werden müssen, eine Zurückhaltung nicht am Platze sein, sondern es dürfte sich empfehlen, die in der Ausbildung begriffenen Ausländer soweit wie möglich zu unterrichten und dabei nur besondere Fabrikgeheimnisse zu wahren. Voraussetzung für den Besuch einer deutschen Technischen Hochschule seitens eines Ausländers müssen jedenfalls gleichwertige Vorbildung und der Besitz ausreichender Mittel für den Lebensunterhalt sein, sowie eine genügende Kenntnis der deutschen Sprache, um den Vorträgen ohne Schwierigkeit folgen zu können. Das letztere vermitteln aber gerade die deutschen Schulen im Auslande.

Die Ausfuhr von Waren nach dem Auslande liegt anfangs, namentlich solange ein Land noch zu erschließen ist, durchweg in der Hand von Exporteuren. Wenn aber die Ausfuhr steigt, so kommt in der Maschinenindustrie, insbesondere wenn sie zur Ausfuhr hochwertiger Maschinen übergeht, zu deren Beurteilung besondere Fachkenntnisse und zu deren Inbetriebsetzung und Inangahaltung besondere Sachkunde notwendig ist, schon bald der Augenblick,

wo der Exporteur allein nicht mehr fertig wird, er vielmehr der unmittelbaren Mithülfe des Fachmannes bedarf. Diese nimmt nun verschiedene Formen an: entweder stellt der Exporteur technische Hilfskräfte an, oder er läßt sich, sei es zeitweilig, sei es ständig, technische Hilfskräfte von denjenigen Maschinenfabriken zugesellen, deren Geschäfte er besorgt. Letzteres bringt alsbald mit sich, daß er von dem allgemeinen Verkauf der Maschinen aller Art zu dem Verkauf nur bestimmter Erzeugnisse bestimmter Maschinenfabriken übergeht.

Der unvermeidliche unmittelbare Verkehr mit dem Kunden beim Kauf und auch noch nach der Lieferung hochwertiger Maschinen führt aber ganz von selbst die Maschinenfabriken dazu, sich, wenn ihr Absatz nach bestimmten Gegenden steigt, von den Exporteuren unabhängiger zu machen, es folgt die Entsendung von eigenen Ingenieuren, sodann die Gründung technischer Ingenieurbureaus im Auslande.

Bei den großen Kosten, mit denen die letzte, bei guter Organisation jedenfalls wirksamste Form des Ausfuhrdienstes zu rechnen hat, findet sich häufig die Form gemeinsamer Bureaus mehrerer Maschinenfabriken, wobei allerdings besondere Vorsorge getroffen werden muß, daß der Wettbewerb zwischen den Beteiligten ausgeschlossen ist. Die Schwierigkeit liegt in der Personenfrage, weil die besondere Sachkenntnis für die Vertretung zahlreicher Erzeugnisse sich in einer Person meist nicht vereinigen läßt, und an der Personenfrage sind auch die meisten derartigen Unternehmungen gescheitert. Sie haben aber meist das Gute gehabt, daß sie den daran beteiligten Firmen oder wenigstens einigen derselben als Vorstufe für eigene technische Bureaus im Auslande gedient und somit Pionierdienste geleistet haben.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist schließlich noch die Reklame, bei der zwei Hauptspielarten zu unterscheiden sind: einmal die Anzeigen in ausländischen Zeitungen und Zeitschriften, wobei sich in einzelnen Gegenden besonders die deutschsprachigen Auslandszeitungen als nützlich erweisen, sodann die Verwendung von Drucksachen. Für Erzeugnisse der Maschinenindustrie läßt sich die letzte Form gar nicht umgehen, obwohl sie sehr kostspielig ist. Um sie aber wirksam zu gestalten, ist ein genaues Studium der besonderen Verhältnisse des zu bearbeitenden Gebietes erforderlich; es genügt nicht einfach, die Drucksachen, die vielleicht für das Inland oder für ein anderes Land angefertigt sind, in die betreffende fremde Sprache übersetzen zu lassen, sondern es muß der Eigenart des Landes Rücksicht getragen werden. In der Ausgestaltung solcher Drucksachen kann außerdem die deutsche Industrie mancherlei von dem amerikanischen und englischen Wettbewerb lernen, vor allem, wie dieselben für den praktischen Gebrauch einzurichten sind, z. B. für unmittelbare Bestellung der Maschinen selbst, wie auch der Einzelteile für Ausbesserung und Ersatz. Auch verleitet den Deutschen der ihm innewohnende Hang zu wissenschaftlicher Gründlichkeit leicht dazu, in seinen Drucksachen dem Käufer zu wenig, dem Mitbewerber dagegen zu viel zu sagen.

Unter Umständen, namentlich in geschäftlich noch wenig entwickelten Gegenden oder Ländern, in denen Pionierarbeit zu leisten ist, kann eine Ausgestellte für Reklamedrucksachen bei den Konsulaten gute Dienste leisten. Auch andere Stellen können für diesen Zweck in Betracht kommen. Es wird

sich aber empfehlen, vorher die Konsulate um ihren Rat zu bitten, wo die in Frage kommenden Drucksachen mit Erfolg aufgelegt werden können. Wenn Drucksachen in dieser Weise verwendet werden, so muß aber auch dafür Sorge getragen werden, daß die Interessenten stets das Neueste an den betreffenden Ausgestellten finden. Denn die beabsichtigte Wirkung der Reklameschriften wird nicht nur stark beeinträchtigt, sondern oft geradezu in das Gegenteil verwandelt, wenn der Käufer im Auslande neben modernen Drucksachen von Geschäften seines Heimatlandes oder anderen ausländischen Firmen solche von deutschen Geschäften vorfindet, die nach Form und Inhalt längst veraltet und überholt sind. Auf alle Fälle sollte für rechtzeitige Beseitigung solcher wertloser Unterlagen gesorgt werden, damit sie wenigstens keinen Schaden stiften, indem sie dem Ausländer ein ganz falsches Bild von der deutschen Industrie geben, ja sie geradezu lächerlich machen.

Vor allem aber müssen alle Reklameschriften und sonstigen Druckschriften in der Sprache des zu bearbeitenden Absatzgebietes hergestellt sein. In dieser Richtung wird von deutscher Seite noch häufig nicht mit der genügenden Umsicht vorgegangen, indem man sich damit begnügt, englische und französische, höchstens vielleicht noch spanische oder portugiesische Drucksachen zu verwenden. (Schluß folgt.)

II. DER GELD- UND WARENMARKT.

Diskont- und Effektenkurse im August und September.

Der Verkehr an den internationalen Börsen, der im Juni und Juli im ganzen recht ruhig gewesen war, zeigte, soweit die führende New Yorker Börse in Betracht kam, im August wesentlich größere Lebhaftigkeit, die sich nicht nur in einem bedeutenden Umsatz, sondern auch in gleichzeitig einhergehenden größeren Kurssteigerungen aussprach. Freilich hat es zeitweise auch nicht an ungünstigen Beeinflussungen der Börse gefehlt, zu denen die schlechteren Ernteaussichten für Getreide und Baumwolle, vor allem aber die Furcht vor einem drohenden Eisenbahnerausstand gehörten. Diesen ungünstigen Einflüssen standen indessen ausgleichend die Anregungen gegenüber, die man aus neuen und bedeutenden Kriegsaufträgen der Entente zog. Die nachstehende Zahlentafel zeigt, wie die führenden Werte im August im Kurse angezogen haben. Auch im September hat diese Aufwärtsbewegung, für welche die gleichen Gründe maßgebend waren, in verstärktem Maße fortgedauert, und es sind, wenn auch Ende des Monats die Kurse nicht allseitig auf dem höchsten Stande verharrten, auch weiterhin namhafte Gewinne zu verzeichnen gewesen. Anfang Oktober haben politische Einflüsse eine abschwächende und schwankende Haltung der Börse zur Folge gehabt.

Weniger lebhaft als in New York war das Geschäft an der durchaus von New York beherrschten Londoner Börse, an der vielfach, in Renten und Eisenbahnaktien sogar ausgesprochen, Stille herrschte, während freilich eine Anzahl Spekulationswerte, wie Goldminen, Kupferwerte und Gummiaktien, erheblich höher lagen. Im September hat sich der Verkehr in heimischen Staatsanleihen noch weiter verringert. Nur für die niedrig verzinslichen 2½-proz. Konsols war Nachfrage, während die Kriegsanleihen und die sonstigen Renten sowie indische und koloniale Anleihen dauernd angeboten waren. Auch in Südamerikanern, die andauernd niedrig lagen, herrschte das Angebot vor. Japaner, von denen gewisse Beträge zurückgekauft wurden, bewahrten indessen ihre feste Haltung. Französische Renten wurden, namentlich im September, meist nur angeboten, ebenso war der Verkehr in heimischen Bahnaktien ziemlich leblos. Von der günstigen Lage der New Yorker Börse wurden höchstens amerikanische Bahnaktien, soweit sie noch gehandelt wurden, beeinflusst, ebenso die an der Londoner Börse gehandelten amerikanischen Industriewerte. Für Gold- und Kupferminen, ebenso für Kautschukaktien haben sich im August die Kurse weiter gut behauptet oder weiter gehoben, während Petroleumaaktien mit wenigen Ausnahmen ziemlich unregelmäßig verkehrten.

An der Pariser Börse herrschte im August ein etwas lebhafteres Geschäft, das aber we-

	31. Juli	15. August	30. August	15. Sept.	30. Sept.	10. Okt.
Atchison Top. & St. Fé.	102½	103½	102¼	106½	106⅔	105¼
Baltimore & Ohio	85	87	84½	89⅔	88¼	87⅔
Canadian Pacific	176½	177	176½	180	179½	176¼
American Can	55⅔	57½	59½	65⅔	65⅔	60½
American Car & Foundry	58	60⅔	60¼	68	81¼	66½
American Smelting Ref.	93¼	98	96½	109¼	112¼	109¼
Anaconda Copper Mining	78¼	83⅔	84	90¼	96⅔	93
Bethlehem Steel	445	465	480	574½	555	535
General Electric	168	169½	—	170½	179½	177
Unit. Stat. Steel Corp.	86½	89	96⅔	107¼	117⅔	117⅔

Wechselkurse.

Die fremden Wechselkurse, die jetzt in Berlin amtlich notiert werden, haben auch im August eine stetige Haltung gezeigt; im September läßt sich freilich sowohl für die Devisen New York als auch für die Devisen Holland eine gewisse Verschlechterung feststellen, während sich die Wiener Devisen noch etwas weiter zu unseren Gunsten entwickelt hat. Von den nordischen Devisen hat die dänische eine leichte Besserung zu verzeichnen, während die Wechselkurse auf Schweden und Norwegen etwas schlechter geworden sind. Einzelheiten sind aus der nebenstehenden Aufstellung ersichtlich.

die rumänische Kriegserklärung eine wenn auch teilweise nur mäßige Verschlechterung der fremden Wechselkurse herbeigeführt, die nach den ersten großen militärischen Erfolgen gegen Rumänien wieder etwas ausgeglichen wurde, während in New York sämtliche fremden Wechselkurse zum Teil eine leichte Besserung für die betreffenden Länder zeigten; s. nebenstehend.

Der Warenmarkt im August und September.

An den amerikanischen Getreidemärkten hat sich die Aufwärtsbewegung weiter fortgesetzt

	Parität	telegraphische Auszahlung							
		31. Juli		30. August		30. September		10. Oktober	
		Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
New York (1 Dollar)	4,198	5,37	5,39	5,37	5,39	5,48	5,50	5,48	5,50
Holland (100 holl. Gulden)	168 ¹ / ₄	225 ¹ / ₄	226 ¹ / ₄	225 ¹ / ₄	226 ¹ / ₄	227 ¹ / ₄	227 ¹ / ₄	227 ¹ / ₄	227 ¹ / ₄
Dänemark (100 Kronen)	112 ¹ / ₂	157 ¹ / ₂	158	157	157 ¹ / ₂	156 ³ / ₄	156 ³ / ₄	156 ¹ / ₂	156 ³ / ₄
Schweden (100 Kronen)	112 ¹ / ₂	157 ³ / ₄	158 ¹ / ₄	159	159 ¹ / ₂	159	159 ¹ / ₂	159	159 ¹ / ₂
Norwegen (100 Kronen)	112 ¹ / ₂	157 ³ / ₄	158 ¹ / ₄	158 ³ / ₄	159 ¹ / ₂	158 ³ / ₄	159 ¹ / ₂	158 ³ / ₄	159 ¹ / ₂
Schweiz (100 Franken)	81,00	103 ² / ₈	103 ³ / ₈	105 ¹ / ₈	105 ³ / ₈	106 ¹ / ₈	106 ³ / ₈	106 ¹ / ₈	106 ³ / ₈
Oesterreich-Ungarn (100 Kronen)	85,06	69,45	69,55	69,45	69,55	68,95	69,05	68,95	69,05
Rumänien (100 Lei)	81,00	86 ¹ / ₄	86 ¹ / ₄						
Bulgarien (100 Levas)	81,00	79 ¹ / ₂	80 ¹ / ₂	79	80	79	80	79	80

Die Bewegung der Wechselkurse an ausländischen Plätzen ist aus folgender Zahlentafel zu erkennen:

	es notierten	Parität	Ende Juni	Ende Juli	Ende August	Ende Septemb.	10. Oktober
New York							
Berlin (Sicht)	400 M in Doll.	98,28	73	71 ¹ / ₄	70 ¹ / ₂	70 ¹ / ₂	70 ¹ / ₄
London (60 Tage)	1 £ in Doll.	4,866	4,72	4,7150	4,7150	4,7150	4,7125
Cable transfers	1 £ in Doll.	4,866	4,7640	4,7650	4,7645	4,7645	4,7640
Paris (Sicht)	1 Doll. in Fr	5,18	5,9075	5,9087	5,8950	5,8300	5,84 ² / ₅
Amsterdam							
Scheck Berlin	100 M in Gld.	59	43,65	43,17 ¹ / ₂	42,60	42,52 ¹ / ₂	42,45
" London	1 £ in Gld.	12,07	11,51	11,51 ¹ / ₂	11,61 ¹ / ₂	11,66 ¹ / ₂	11,66 ¹ / ₄
" Paris	100 Fr in Gld.	48,08	40,97 ¹ / ₂	40,95	41,45	41,87 ¹ / ₂	41,92 ¹ / ₂
Paris							
Wechsel auf London	1 £ in Fr	25,13	28,135	28,120	28,07	27,84	27,79
" " New York	100 Doll. in Fr	516 ¹ / ₄	590,50	590,50	589	588	583,50
" " Rom	100 Lire in Fr	100	92,50	91,50	91	90,50	90
" " Amsterdam	100 Gld. in Fr	208	245	244,50	243	239	238
" " Schweiz	100 Franken in Fr	100	111,50	111,50	111	110	110,50
" " Petersburg	100 Rubel in Fr	264,75	181,50	180	195	187	182
London							
Wechsel auf Paris	1 £ in Fr	25,22	28,55	28,52	28,42	28,22	28,10
" " Petersburg	1 £ in Rubel	94,6	155 ¹ / ₂	157 ¹ / ₄	140 ¹ / ₂	149	152 ¹ / ₄
" " Amsterdam	1 £ in Gld.	12,11	11,69 ¹ / ₂	11,67 ¹ / ₂	11,77 ¹ / ₂	11,82 ¹ / ₂	11,82 ¹ / ₂
Wien							
Marknoten	100 M in Kr	117 ³ / ₄	143,45	143,45	143,80	144,75	144,80
Schweiz	100 Franken in Kr	93,3	149	149,75	152,25	155	155
Amsterdam	100 Gld. in Kr	198	323,75	324,75	325,00	329,50	329,50
Rubel	100 Rubel in Kr	254,34	263,50	268,50	273,0	280	280

Am Londoner Devisenmarkt haben sich infolge der Anfang Juli vorgenommenen Heraussetzung des Bankdiskontes auf 6 vH die fremden Wechselkurse allgemein gebessert. Auch die starken Goldabgaben an das Ausland sind hierfür in gleichem Sinne von Einfluß gewesen. In Paris haben sie sich gleichfalls etwas günstiger gestaltet, was im wesentlichen auf stärkere Goldverschiffungen zurückzuführen ist. In Wien hat

Nur vorübergehend ist unter dem Einfluß der rumänischen Kriegserklärung, von der die amerikanischen Spekulation eine Öffnung der Dardanellen erhoffte, ein Rückgang der Notierungen eingetreten. Die starke Preissteigerung, die außer für Weizen auch für Mais eintrat, ist auf die ungünstigen Ernteaussichten zurückzuführen, die nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch die westeuropäischen Länder betreffen.

III. MITTEILUNGEN

AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

WASSERWIRTSCHAFT.

Die wichtigsten Aufgaben der deutschen Binnenschifffahrt nach dem Kriege.

Der Krieg hat uns, trotz der geradezu bewundernswerten und nicht genug zu preisenden Leistungen unserer Eisenbahnen, hinreichend gelehrt, daß ein vollwertiges Wasserstraßennetz neben dem Schienennetz in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wir haben im Kriege die Unvollkommenheit unserer mitteleuropäischen Wasserwege, die Unmöglichkeit, Geschütze, Munition, Lebensmittel, Rohstoffe aller Art zwischen den verbündeten Ländern auf dem Wasserwege auszutauschen und damit die wichtigen Eisenbahnen zu entlasten, oft genug in schmerzlicher Weise verspürt, und es war zweifellos ein Markstein in der Entwicklung des mitteleuropäischen Wirtschaftslebens, als am 29. Oktober 1915 nach der Niederschlagung Serbiens der Donauweg wieder frei war und ein österreichisches Schiff in Widin vor Anker ging. Zwischen zweien der verbündeten Staaten, Oesterreich-Ungarn und Bulgarien, war somit die Verbindung auf dem Wasserwege wieder hergestellt; leider mußte diese wertvolle Verkehrsbrücke die einzige ihrer Art während des Krieges bleiben, denn zwischen Deutschland (mit Ausnahme des der Donau anliegenden Oberbayern) und Oesterreich-Ungarn gibt es bis auf den heutigen Tag eine einigermaßen vollwertige Binnenwasserstraße noch nicht!

Das mitteleuropäische Wasserstraßennetz zerfällt zurzeit noch in drei von einander abgesonderte größere Teile, ganz abgesehen von einigen kleineren Gebieten, die in sich abgeschlossen sind, wie die ostpreußischen, die schweizerischen Wasserstraßen u. a. Diese drei Hauptgebiete sind die folgenden:

1. das südliche Wasserstraßennetz, bestehend aus dem gesamten Donaugebiet, das bemerkenswerterweise bisher noch mit keinem seiner Nachbarströme durch einen einigermaßen vollwertigen Kanal verbunden ist;
2. das westliche Wasserstraßen-

netz, bestehend aus dem Rhein-, Ems- und Wesergebiet, das auch erst während des Krieges durch die Fertigstellung des Rhein-Hannover-Kanals zu einer zusammenhängenden Einheit verschmolzen wurde;

3. das nördliche und östliche Wasserstraßennetz, bestehend aus dem Elbgebiet und dem ganzen linkselbischen Deutschland, zuzüglich Böhmens.

Diese drei Binnenschiffahrtsgebiete sind, soweit Schifffahrtmöglichkeiten in Betracht kommen, völlig gegeneinander abgeschlossen.

In dem mitteleuropäischen Wasserstraßennetz der Zukunft, das Deutschland und Oesterreich-Ungarn und mit ihnen vielleicht noch manchen kleineren Staat zu einer wirtschaftspolitischen Einheit zusammenschmelzen vermag, wird die vornehmste Aufgabe der Donau zufallen. Die Donau hat seit rund einem halben Jahrtausend im europäischen Verkehrsleben nicht annähernd die Bedeutung gehabt, die ihr eigentlich gebührt, und selbst die großzügigen Verbesserungen, welche die im Pariser Frieden (30. März 1856) beschlossene Regulierung der Sulina-Mündung und die auf dem Berliner Kongreß (13. Juli 1878) vereinbarte Schiffbarmachung der 132 km langen Kataraktenstrecke im Eisernen Tor von Orsova mit sich brachten, haben die Donau noch nicht wieder zu einer Verkehrsstraße ersten Ranges erheben können. Sie wird auch für den eigentlichen Weltverkehr niemals die Bedeutung erlangen können, wie etwa der Rhein, der Hudson, der Kongo und andere große Flüsse, die ein wirtschaftlich wertvolles Binnenland unmittelbar mit den Hochstraßen des Weltverkehrs verknüpfen. Die Sackgasse des Schwarzen Meeres, in das die Donau sich ergießt, liegt leider höchst ungünstig zu den großen Straßen des Weltverkehrs, und selbst wenn die dringend wünschenswerten weiteren Regulierungen des für die Schifffahrt manchmal recht unbequemen Strombettes erfolgen und den Fluß schließlich bis Ulm hinauf gut fahrbar machen soll-

ten, würde die Donau unter der Ungunst ihres Mündungsgebietes nach wie vor stets empfindlich leiden.

Um so höhere Wichtigkeit kann die Donau für das inner-europäische Wirtschaftsleben der Zukunft erlangen, für das große, neue mitteleuropäische Wirtschaftsinteressengebiet, zumal wenn der neuerdings aufgetauchte Gedanke sich durchsetzt, den Strom, ähnlich wie den Rhein, von der Mündung bis weit in den Mittellauf hinauf für Dampfer von 2 bis 3000 t befahrbar zu machen. Vorbedingung bleibt freilich, daß die Donau, die ja zurzeit nur für das südlichste Deutschland ein benutzbarer Fluß ist, durch gute Kanäle Anschluß erlangt an die wichtigsten Ströme West- und Norddeutschlands, vor allem an den Rhein und die Elbe, aber auch an die Oder und die Weichsel.

Unter allen Donaufragen, an denen Deutschland beteiligt ist, ist die weitaus wichtigste die Schaffung eines vollwertigen Rhein-Donau-Kanales. Der großartige Gedanke, dessen Verwirklichung schon Karl der Große im Jahre 793 aus strategischen Gründen vergeblich anstrebte und später Goethe im Gespräch mit Eckermann am 21. Februar 1827 als eine der herrlichsten Zukunftsaufgaben ersehnte, die Wasserstraße, die die beiden größten Ströme Mitteleuropas miteinander verbindet, sie fehlt uns bisher, denn der seit 1845 vorhandene bayerische Ludwigskanal zwischen Bamberg (Main) und Kelheim (Donau) war ein Versuch mit unzureichenden Mitteln und ist heute geradezu als nicht vorhanden zu betrachten. Die durch den Krieg bewirkte Verschiebung des weltpolitischen und wirtschaftlichen Blickfeldes hat nunmehr den Neubau des Main-Donau-Kanales zweifellos zur wichtigsten und dringendsten Aufgabe der gesamten deutschen Wasserstraßenpolitik gemacht!

Bayerns Lage zu den mitteleuropäischen Hauptströmen bedingt, daß das Land ganz von selbst der Hauptbrennpunkt aller deutsch-österreichischen Wasserstraßenpolitik, ja, die „Dreh-scheibe“ des gesamten mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes der Zukunft werden muß.

Wenn nun ferner die seit Jahren im Gange befindliche Kanalisierung des oberen Rheines weitere Fortschritte machen und in wenigen Jahren bis zum Bodensee hinaufreichen wird, wobei der Rheinfluss von Neuhäusen und die Stromschnellen von Laufenburg durch Seitenkanäle umgangen werden sollen, dann wird es möglich sein, daß der Bodensee allmählich zu einer Art von Mittelpunkt des mitteleuropäischen Wirtschaftslebens wird und eine Stellung erlangt, wie sie etwa die großen nordamerikanischen Seen einnehmen. Wenn weiterhin das verschiedentlich, vor allem aber auch wieder vom bayernköniglichen Ludwig lebhaft befürwortete Projekt eines Donau-Bodensee-Kanales etwa zwischen Ulm und Friedrichshafen (Rißbach-Schussen) verwirklicht werden sollte, würden Rhein und Donau nochmals unmittelbar miteinander in Verbindung gebracht und somit aus den beiden wichtigsten Wasserstraßen Europas eine durchlaufende Wasserstraße durch ganz Europa gemacht werden.

Für Norddeutschland von noch beträchtlicherem Werte wäre die Verwirklichung eines anderen Kanalprojektes, die Vollendung des vielumstrittenen Mittellandkanales. Die Wasserstraße vom Rhein bis nach Hannover ist im Jahre 1915 in ihren letzten Teilen fertiggestellt worden und gegenwärtig im ganzen Umfange in Betrieb. Das kurze Stück Land aber zwischen Hannover und Magdeburg wird von keiner schiffbaren Wasserstraße durchbrochen, ebenso wenig wie die gesamte übrige Wasserscheide zwischen Elbe und Weser. Der Kampf um die Vollendung des Mittellandkanales mochte 1899 und 1904 gelegentlich der hitzigen parlamentarischen Verhandlungen eine rein preußische Angelegenheit sein. Heute sind die damit zusammenhängenden Probleme eine Frage von allgemeiner deutscher, ja, von mitteleuropäischer Interesse, und daher ist es schlechterdings ausgeschlossen, daß die Entscheidung darüber, ob der Kanal vollendet wird oder nicht, ausschließlich beim preußischen Landtage liegen kann. Wir dürfen heute rundweg zugeben, daß uns der Mittellandkanal schon im jetzigen großen Kriege sehr gefehlt hat, und

wenn auch nicht gerade schwerwiegende Folgen daraus entstanden sind, so hätte der Kanal doch unsere ohnehin so ungeheuer überlasteten Eisenbahnen bei der Uebernahme von Kriegstransporten in einer überaus willkommenen Weise entlasten können.

Es bestätigte sich ein von dem österreichischen Fachmann Prof. Oelwein schon am 1. Juli 1913 in der Neuen Freien Presse gesprochenes Wort:

„Zur Zeit, wenn die Eisenbahnen durch den Krieg in Anspruch genommen sind, wird die Binnenschiffahrt ganz unentbehrlich werden. Das Fehlen des Bindegliedes Hannover-Magdeburg wird sich dann verhängnisvoll rächen.“

Außerdem haben die Ereignisse des Krieges noch zwei weiteren, seit einer Reihe von Jahren erörterten Fragen der deutschen Binnenschiffahrt einen ungeahnten Gegenwartwert verliehen: der Schaffung eines Rhein-Maas-Schelde-Kanals und dem Plan des masurischen Kanals (Ostkanals), der den großen masurischen Seen über den Pregel (oder die Weichsel) einen Wasserweg zum Meere beschern soll, und dessen Vorhandensein vielleicht selbst kleinen Kriegsschiffen (Torpedobooten, Motorbarkassen usw.) ein Eingreifen in die masurischen Kämpfe Hindenburgs zur Verteidigung Ostpreußens gestattet haben würde.

Nach dem Kriege werden ja zwar Geldmittel für großartige und kostspielige Kulturaufgaben naturgemäß weniger reichlich denn je zur Verfü-

gung stehen, aber wenn auch noch manches Jahr darüber vergehen mag, ehe die neu zu bauenden Kanäle in Angriff genommen werden können, kommen wird die Zeit, wo die Mittel auf irgend eine Weise flüssig gemacht werden müssen, um dringenden Notwendigkeiten der innerdeutschen Verkehrspolitik zum Leben zu verhelfen. Wie wir zur Erhaltung und steten Steigerung unserer Wehrkraft für alle Zukunft die notwendigen riesigen Summen verfügbar haben werden, so müssen sich auch Mittel und Wege finden, um das Binnenschiffahrtsnetz nach und nach leistungsfähiger zu machen. Ein vollwertiges Wasserstraßennetz erweist sich immer deutlicher als ein unentbehrlicher Bestandteil unserer militärischen Rüstung, und zu den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, die vor 10 und 15 Jahren allein zur Begründung der Kanalvorlage ins Treffen geschickt wurden, gesellt sich jetzt nach den Erfahrungen des Weltkrieges als starker und willkommener Bundesgenosse ein allseitig als richtig gewürdigter Gedanke, den kein Geringerer als Moltke schon am 16. August 1874 in einer Sitzung des Preußischen Abgeordnetenhauses in die denkwürdigen Worte gekleidet hat:

„Da in einer bestimmten Kriegslage kaum jemals zu viel Transportmittel offenstehen können, ist auch vom militärischen Standpunkte die Pflege und Entwicklung der Wasserstraßen neben der der Eisenbahnen dringend zu befürworten.“

Dr. phil. Richard Hennig.

WELTWIRTSCHAFT.

Ursachen und Wirkungen des englischen Mangels an Frachtraum.

In der Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung führt von Völkern aus, wie „die Frage des Frachtraumes in der Weltschiffahrt für England und seine Verbündeten zu einem der ernstesten Kriegsprobleme geworden ist“. Bis zum Kriege war man in England der Meinung, daß seine starke Kriegsflotte ausreiche, um die wirtschaftliche Sicherstellung des Landes, insbesondere die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, für Frieden und Krieg zu gewährleisten. Man ver-

säumte dabei, zu berücksichtigen, daß in einem Kriege zufolge verminderten Angebotes bei gleichzeitig steigender Nachfrage Erschwerungen der volkswirtschaftlichen Versorgung eintreten könnten, die auch die stärkste Kriegsflotte der Welt nicht ausgleichen kann. Der Mangel an Frachtraum trat in England schon in den ersten Kriegswochen hervor und hat sich seitdem andauernd verschärft.

In erster Linie war dies eine Folge der Verminderung der Welttonnage wegen des Festliegens eines großen Teiles der deutschen Handelsschiffe und der Absperrung der russischen

Handelsschiffahrt. Ferner hat die englische Admiralität bei Kriegsbeginn einen beträchtlichen Teil der englischen Handelsflotte mit Beschlagnahme belegt und dadurch sofort eine Knappheit in dem für Handelszwecke zur Verfügung stehenden Schiffsraum hervorgerufen. Eine weitere Verminderung des Schiffsraumes wurde durch die englischen „Expeditionen“ nach den Dardanellen und nach Saloniki verursacht, für die eine große Anzahl von Schiffen erforderlich war. Der Glasgower Herald schätzt die von der Admiralität beschlagnahm-

österreich-ungarische Unterseeboote im Mittelmeer in der letzten Zeit noch etwa 100 000 bis 150 000 t Frachtraum monatlich vernichtet¹⁾.

Die Ursachen des Fortfalles von Frachtraum für England geben eine Erklärung für die Zahlen, die der Leiter der halbstaatlichen Cunardlinie Alfred Booth vor kurzem in der „Times“ veröffentlicht hat. Nach seinen Ausführungen betrug der Schiffsraum der in den Monaten Oktober, November und Dezember in Großbritannien angekommenen Schiffe:

	1913	1915
britische Schiffe	8 347 584 t	5 728 259 t
ausländische Schiffe	4 286 934 t	2 667 269 t
zusammen	12 634 518 t	8 395 528 t

ten Liniendampfer und Frachtdampfer wohl zutreffend auf 20 vH der gesamten englischen Handelsflotte. Dazu kam die Ueberfüllung der englischen und französischen Häfen, vor allem die ausschließliche Inanspruchnahme einzelner Handelsplätze für militärische Zwecke, wodurch andere Häfen überlastet und die dort noch zur Verfügung stehenden Lagerhäuser überfüllt wurden, was ebenfalls zu einer Erschwerung der wirtschaftlichen Ausnutzung der Transportdampfer führte. Weiter ist auch der englische Handelsschiffbau im Kriege gewaltig zurückgegangen. Nach dem Bericht der Shipping-Mercantile Gazette vom 5. Januar 1916 „ist der Schiffbau Englands während der letzten 16 Monate tatsächlich ein toter Buchstabe gewesen“. Auf den größten Werften am Clyde hat der Handelsschiffbau einen Rückgang von etwa 460 000 t im Jahre 1914 auf 215 000 t im Jahre 1915, auf den Werften am Fluße Wear einen Rückgang von 277 000 t auf 111 000 t erfahren. Endlich spielen auch die starken Verluste, welche die englische Handelsflotte durch den Seekrieg mit Deutschland erlitten hat, eine Rolle. Vom Anfang des Krieges bis Ende Dezember 1915 hat England durch U-Boote, Minen und sonstige kriegerische Ereignisse 648 Fahrzeuge mit einem Tonnengehalt von 1 322 976 t eingebüßt, was einen Ausfall von 6,5 vH der gesamten englischen Handelsflottentonnage ausmacht. Dazu haben deutsche und

Der ankommende britische Schiffsraum ist hiernach im Kriege um 31 vH, der ausländische Schiffsraum um 37 vH und der Gesamtschiffsraum um 33 vH gefallen. Oder anders ausgedrückt: es müssen jetzt 67 Schiffe dieselbe Arbeit leisten wie früher 100 Schiffe von derselben Größe. Von diesen 67 Schiffen gehören nur 46 Großbritannien. Dementsprechend erklärte der britische Handelsminister Runciman im Unterhause am 19. Februar 1916, daß von 100 Handelsschiffen, die vor dem Kriege für den Handel verfügbar waren, jetzt nur etwa 67 verfügbar seien.

¹⁾ In einer Statistik des französischen Klassifikationsbureaus „Veritas“, die in der holländischen Fachzeitschrift „Ein- und Ausfuhr“ letzthin veröffentlicht wurde, ist der Verlust der Handelsflotten der ganzen Welt seit Beginn des Krieges wie folgt angegeben:

In der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1915 gingen verloren:

980 Dampfer mit 2 560 588 Br.-Reg.-Tons und 228 Segelschiffe mit 156 388 Br.-Reg.-Tons.

In der Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 30. April 1916 gingen verloren:

224 Dampfer mit 574 228 Br.-Reg.-Tons und 43 Segelschiffe mit 38 541 Br.-Reg.-Tons.

Zusammen: 1475 Schiffe aller Art mit 3 324 725 Br.-Reg.-Tons.

Die Redaktion.

Uebereinstimmend hiermit schätzte der italienische Marineminister Admiral Corsi am 16. März 1916 den dem Welthandel fehlenden Schiffsraum auf 35 vH.

Infolge dieser für England wenig erfreulichen Lage am Frachtenmarkt stiegen die Frachtsätze gewaltig, und zwar mit jedem weiteren Kriegsmonte in verstärktem Maße. Ueber die Erhöhung der Frachtsätze für Heimladungen nach England oder kontinentalen Häfen gibt eine von der Deutschen Bank herausgegebene „Uebersicht einiger Frachtsätze für Seedampfer in den Jahren 1912 bis 1915“ Aufschluß (die Angaben der Deutschen Bank stammen aus englischen Fachzeitungen und verstehen sich in Schilling für eine englische Gewichtstone = 1016 kg):

	vor Kriegs- ausbruch	Ende 1915	Steigerung gegen Kriegsausbruch vH
Weizen von Australien nach England	18/6	95	413 ¹ / ₂
Skala-Tonne von Kalkutta nach England	17/6	150	757
Reis von Birma nach England	16/3	130	700
Skala-Tonne von Bombay nach Mittelmeer	14/6	111/3	667 ¹ / ₃
Weizen, Mais von La Plata nach England	11/6 bis 11/9	125	987 bis 963 ³ / ₄
Weizen das Quarter von Vereinigte Staaten (Atlant. Häfen) nach England	2/7 ¹ / ₂	16/6	528 ¹ / ₂
Baumwolle die N.-R.-Tonne nach England	30 bis 35	220	633 ¹ / ₃ bis 528 ¹ / ₂

Nach dem „Economist“ vom 8. Januar 1916 kostete in der ersten Januarwoche 1916 Weizen in Chicago und Winnipeg etwa 51 sh das Quarter, d. h. etwa 190 M die Tonne. Zu gleicher Zeit wurden in London für amerikanischen Weizen bis 68 sh für das Quarter, d. h. etwa 320 M für die Tonne bezahlt. Der Unterschied zwischen dem Preise des Weizens in Nordamerika und dem des eingeführten amerikanischen Weizens in England beträgt somit etwa bis 130 M t. Dieser Preisunterschied ist mehr als doppelt so groß wie der deutsche Weizenzoll in Friedenszeiten, er ist allein fast ebenso hoch wie in Friedenszeiten der durchschnittliche Jahrespreis für englischen Weizen. Auch die Frachtsätze für andere Stoffe, wie z. B. die Kohlenfrachten von Wales nach europäischen und anderen Häfen, sei es nach Genua, Neapel, Marseille oder nach Port Said oder

La Plata, zeigen eine unerhörte Steigerung; der Transport von Chilesalpeter kostete nach England Mitte Januar 1916 125 sh die Tonne gegen 120 sh Ende 1915, 60 sh im Januar 1915 und 21 bis 22 sh in Friedenszeiten.

Der Einfluß der außerordentlich hohen Frachtsätze auf die Preise insbesondere der über See eingeführten Massengüter, wie Holz, Erze, Mineralien, Petroleum, Getreide, Baumwolle und Lebensmittel aller Art, ist natürlich nicht ausgeblieben. Selbst hochwertige Nahrungsmittel, wie Gemüse aus den Mittelmeerländern, Reis aus Indien und Ostasien, gefrorenes Fleisch aus Australien, werden durch die immer höher werdenden Frachtsätze empfindlich verteuert. Vor allem seufzt die englische Bevölkerung un-

ter der Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel; haben sich doch die Preise für Getreide, Mehl und Brot seit Kriegsbeginn annähernd verdoppelt, denn das australische, teilweise auch das argentinische Getreide wird wegen der hohen Frachtsätze nur in geringen Mengen nach England gebracht, und dieses muß zum größten Teil nordamerikanisches teures Getreide beziehen.

Infolge der hohen Frachtsätze ging auch die Ausfuhr der englischen Industrie zurück, was auf entfernten Absatzmärkten zu ihrer teilweisen Verdrängung durch den japanischen und amerikanischen Wettbewerb geführt hat. Die Erschwerung und Verringerung der industriellen Ausfuhr Englands zusammen mit der Verteuerung aller eingeführten Waren mußte naturgemäß eine Ueberpassivität der englischen Handelsbilanz bewirken, die im Jahre 1915 etwa 4¹/₂ Milliar-

den M ausmachte und damit eine Rückwirkung auf den englischen Wechselkurs ausübte.

Die Wirkungen der Frachtraumnot Englands erstrecken sich sogar über die englische Volkswirtschaft hinaus und haben selbst zu einer Störung der außenpolitischen Stellung Englands gegenüber seinen politischen Freunden geführt. Dies gilt insbesondere für Italien, das ebenso wie Frankreich unter dem Schutze der englischen Kriegsflotte eine reichliche und zugleich billige Versorgung mit Rohstoffen, vor allem mit englischer Kohle, erhofft hatte. Wie Georg Gothein im „März“, IX. Jahrg. 1915, S. 172 und 173 ausführt, hat die Abnahme der englischen Kohlenausfuhr hauptsächlich infolge des Mangels an Schiffsraum in den Monaten August 1914 bis März 1915 mehr als 20 Mill. £ oder 400 Mill. M betragen. Nach weiteren neun Kriegsmonaten war insbesondere für den Kohlenverkehr nach Italien der „Frachtraummangel geradezu verhängnisvoll geworden“. Das hat am 14. Januar 1916 in der „Times“ eine den Schiffahrtskreisen nahestehende Persönlichkeit näher ausgeführt und dazu die nicht unwichtige Bemerkung gefügt: „Jeder, der italienische Zeitungen liest, weiß heute, daß ein wachsendes Gefühl der Verärgerung gegen John Bull vorhanden ist, weil dieser 50 vH der dem Weltverkehr augenblicklich zur Verfügung stehenden Tonnage sein Eigentum nennt und anscheinend nichts tut, um dem Frachtraum-Notstand entgegenzuarbeiten.“ Ähnlich schrieb bereits am 3. Januar 1916 der römische Korrespondent der Times, daß die unerschwinglich hohen Frachten, die jetzt bezahlt werden müssen, Italien hart träfen. Jedes Land leide jetzt unter den hohen Frachtsätzen, aber Italien ganz besonders, weil es alle seine Kohle über See, und zwar besonders von England einzuführen habe. Dies wird begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß, während in Friedenszeiten (Mai 1914) Cardiff-Kohle bei einem Frachtsatze von 7 sh frei Waggon Genua 36 Lire die Tonne kostete, die Frachtkosten allein Ende Dezember auf 62 sh 6 d gestiegen waren und sich der Preis der Cardiff-Kohle frei Waggon Genua auf 180 Lire die Tonne belief.

Auch in Frankreich verteuern die gestiegenen Frachtsätze die Lebensmittel, Kohlen und Erze, die man in erheblich höherem Maße als in Friedenszeiten auf dem Seewege einführen muß, weil die wichtigsten Erzeugungsorten des eigenen Landes vom Feinde besetzt sind. Es verdient besondere Beachtung, daß die Gesamteinfuhr Frankreichs aus Großbritannien 1915 gegenüber 1913 um 142 vH (dem Werte nach) zugenommen hat, daß seine Einfuhr von Stahl 1915 gegen 1914 (dem Gewichte nach) auf das Zwanzigfache, von Spinn- und Webstoffen auf das Zehnfache gestiegen ist. Der schlechte Stand der französischen Wechselkurse ist zum Teil auf dieses Abhängigkeitsverhältnis zurückzuführen.

Infolge der geschilderten Umstände hat sich die Schifffahrt der neutralen Staaten in zunehmendem Maße ausgedehnt, um an die Stelle der englischen zu treten; waren doch die neutralen Schiffe in einem vorher nicht gekannten Umfange gesucht, so daß sie bis in den letzten Winkel hinein ausgenutzt wurden. Trotzdem konnte der steigenden Nachfrage nicht voll entsprochen werden, und da infolge der erhöhten Gefahr zu den gewöhnlichen Frachtsätzen eine andauernd wechselnde Wagnisprämie hinzukam, ein Wettbewerb seitens der kriegführenden Staaten aber nicht zu befürchten war, so ergab sich auch hier ein ständiges Steigen der Frachtsätze, die auf ein Vielfaches der in Friedenszeiten geltenden gesteigert wurden. Dies brachte der neutralen Schifffahrt Riesengewinne. Die holländische Schifffahrt insbesondere hat aus der Knappheit an Schiffsraum großen Vorteil gezogen, so daß z. B. die Holland-Amerika-Linie für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 50 vH ausschütten konnte. Ähnlich wie die Schifffahrt selbst hat auch der holländische Schiffbau aus der ganzen Lage erheblichen Nutzen gewonnen. Alle Schiffbauunternehmen haben reichliche Aufträge, die auf Monate hinaus zu ihrer Beschäftigung ausreichen. Die norwegische Handelsflotte hat sich im Jahre 1915 um 106 Schiffe mit einem Gesamtfaßungsvermögen von 159 109 t vermehrt. Ebenso hat die schwedische

Schiffahrt infolge des günstigen Frachtmärktes reichen Nutzen gehabt; manche Reeder haben sogar, um die hohen Preise für Schiffsraum auszunutzen, einzelne ihrer Schiffe an Dänemark und Norwegen verkauft, wo die Nachfrage noch stärker als in Schweden war.

Julius Luebeck, München.

Englands Papiernot und Indien als Papierlieferer.

England befindet sich wegen des Bezuges von Papierstoff in recht unangenehmer Lage. Während sein Papierbedarf vor dem Kriege hauptsächlich von den nordischen Ländern und den Mittelmächten gedeckt wurde, kommt, da Schweden die Ausfuhr gesperrt hat, zurzeit nur noch Norwegen als Lieferer in Frage, ohne indessen das Bedürfnis befriedigen zu können.

Im Jahre 1915 betrug die Einfuhr von Papiermasse nach England:

An Papier führten aus:

Deutschland	51 000 t
England	49 210
die Vereinigten Staaten	16 880
Frankreich	13 090

Der englischen Papierausfuhr von 49210 t stand eine Papiereinfuhr von 147 706 t gegenüber, an der die Kolonien in beträchtlich geringerem Maße beteiligt waren als die nichtbritischen Länder. Unter den Haupterzeugungsländern, aus denen England vor dem Kriege die nötige Papiermasse bezog, stand Kanada an letzter Stelle; war es doch für dieses Land vorteilhafter, seine Papiermasse an die Vereinigten Staaten zu verkaufen als an England.

Im Januar 1916 ließ die englische Regierung durch die Presse die Nachricht verbreiten, es werde nunmehr Indien an die Stelle Schwedens als Papierlieferer treten; man könne in

	chemisch (trocken) bearbeitete Papiermasse t	mechanisch (naß) bearbeitete Papiermasse t	zusammen t
aus Schweden	286 726	135 078	421 804
Norwegen	92 619	342 917	435 536
Kanada	—	37 501	37 501
anderen Ländern	13 422	25 241	38 663
insgesamt	392 767	540 737	933 504

Nicht eingeschlossen sind in diesen Zahlen 10 074 t chemischer und 10 472 t mechanischer Papiermasse, deren Herkunftländer in den Angaben des Handelsamtes nicht enthalten sind. England selbst besitzt nur zwei unbedeutende Papiermasse-Fabriken, die noch dazu seit Kriegsausbruch infolge Holzmangels kaum arbeiten können. Daneben bestehen etwa 500 Papierfabriken.

Nach einer Berechnung der „Revue scientifique“ erzeugten an Papier:

die Vereinigten Staaten	639 734 t
Deutschland	393 683
England	246 051
Frankreich	196 942
Oesterreich-Ungarn	147 706
Italien	123 026

Indien aus dem reichlich zur Verfügung stehenden Bambusrohr Papiermasse erzeugen und dadurch in kurzer Zeit den englischen Bedarf decken.

Auch die englisch-indische Presse widmete diesem Plane ausführliche Betrachtungen. So schrieb die „Pioneer Mail“ vom 5. Februar 1916, der zur Herstellung von Zeitungspapier verwendete Holzstoff könne und müsse aus dem britischen Weltreiche geliefert werden, nachdem die schwedische Regierung ein Ausfuhrverbot für Papiermasse erlassen habe. Indien mit seinen großen Beständen an Bambuswäldern und Dschungelgräsern werde jedenfalls einen Teil des englischen Bedarfes decken können. Was indische Hölzer für die Papiererzeugung leisten könnten, habe

ein französisches Unternehmen in Hinterindien gezeigt. Dort sei im Jahre 1912 von einer Gesellschaft eine Fabrik an der Vereinigung der Flüsse Rouge und Claire begründet worden, die jährlich 300 000 bis 400 000 t Holzstoff aus Bambus herstelle. Eine andere Gesellschaft habe in der Nähe von Hanoi eine ähnliche Fabrik gegründet, die allerdings weniger Bambus als andere Hölzer und Pflanzen verarbeite.

Auch in Hinterindien erörtert die englische Presse die Frage, ob Indien sich zum Ausfuhrland für Papier entwickeln könne, voller Eifer. So macht die „Rangoon Times“ auf die großen Bestände von Kainggras aufmerksam, die sich im unteren Birma finden. Die aus dieser Grasart hergestellte Ware sei allerdings nicht so gut wie die aus Espartogras erzeugte, sie sei indessen bedeutend billiger, weil das Kainggras, das in großen Mengen wild wächst, weniger koste. Möglicherweise würden sich bei entsprechendem Anbau monatlich 10 000 t von diesem Gras ausführen lassen.

Daß dies alles einstweilen Zukunftsmusik ist, versteht sich von selbst. In wenigen Monaten lassen sich solche Pläne nicht durchführen. Für die Dauer des Krieges werden sie die Versorgung Englands mit Papier um so weniger fördern, als die Knappheit an Schiffsraum nicht in Rechnung gezogen ist, die es unter den jetzigen Umständen ganz unmöglich machen würde, Papiermasse auch nur annähernd in solchen Mengen nach Großbritannien zu schaffen, daß sie der dortigen Papiernot abhelfen oder sie auch nur merkbar lindern könnten.

Aber auch für später dürfte sich der Wunsch Englands, aus Indien Papiermasse zu beziehen, um dadurch den bisher aus Schweden, Deutschland und Oesterreich-Ungarn bezogenen Rohstoff oder die fertige Ware zu ersetzen, als undurchführbar erweisen, falls nicht neue Erfindungen zu Hilfe kommen. Vor einer Reihe von Jahren hat die englische Regierung durch ihren Agenten in Indien die technische Ausführbarkeit der Gewinnung von Papiermasse aus Bambus in großem Maßstabe untersuchen lassen. Der Bericht, der daraufhin erstattet wurde, war keineswegs ermutigend. Sowohl die Schwierigkeiten der Beförderung der Ware wie die der Beschaffung der nötigen Che-

mikalien stehen der Erzeugung großer Mengen von Bambuspapiermasse entgegen. Außerdem kommt diese nur für sehr wenige Papierarten in Betracht und läßt sich für die übrigen nicht verwenden.

Die Vorbereitungen zur Herstellung wirklich nennenswerter Mengen von Bambuspapiermasse würden auch in normalen Zeiten mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Auch läßt sich nicht voraussehen, ob nicht der Papierverbrauch in Indien selbst steigen wird, wodurch die Ausfuhr wesentlich beeinträchtigt werden würde.

Die größte Schwierigkeit für die Herstellung von Papier liegt auch in Indien in der Beschaffung des Rohstoffes. Nadelhölzer, die für die europäische und amerikanische Papierindustrie die Hauptquelle bilden, stehen in Indien nicht zur Verfügung. Zunächst verwendete die dortige Papierindustrie allerdings auch Holzstoff, doch konnte sie nur kleine Mengen erhalten, die aus dem Ausland eingeführt werden mußten. Weiter wurden zwei Gräserarten, Bhabu und Munj, auf Papierstoff verarbeitet. Da sie jedoch nicht allenthalben vorkommen und sich die Beförderung auf längere Strecken nicht lohnen würde, ist die Gründung solcher Papierfabriken nur an wenigen Stellen möglich. Auch Baumwolllumpen werden verwendet, die in Indien in großer Menge zur Verfügung stehen, da es jährlich 400 000 bis 500 000 t Baumwollstoffe verbraucht. Ferner wird altes Papier eingestampft, obwohl sich daraus nur grobes und minderwertiges Papier herstellen läßt. Als weitere Rohstoffe kamen bisher noch Jute- und Hanfabfälle in Betracht.

Wieviel von diesen einzelnen Rohstoffen in Indien zur Papierherstellung verwendet wird, läßt sich mangels einer geeigneten Statistik nicht sagen. Mit Sicherheit erfaßt ist nur die Einfuhr der Rohstoffe. Sie betrug im Jahre 1911 13 500 t — größtenteils Holzstoff — im Gesamtwerte von 2 300 000 M. Davon kamen 5500 t aus Schweden, 5000 t aus England und 1600 t aus Deutschland.

Noch ein anderer Rohstoff, von dem große Mengen zur Verfügung stehen, ließe sich für die indische Papierindustrie nutzbar machen: die Bagasse, das Zuckerrohr, aus dem der Zuckersaft

ausgepreßt ist. Bisher wird es nur zur Feuerung benutzt. In den Vereinigten Staaten hat man bereits versucht, aus Bagasse Papier herzustellen, ist jedoch wieder davon abgekommen, weil man es nicht lohnend fand. In Indien ist dieses Verfahren bisher noch nicht erprobt worden. Das Gleiche gilt von der Herstellung von Papiermasse aus Maisstengeln.

Für die Gewinnung von Papierrohstoff kämen ferner in Indien die bedeutenden Mengen Maisstroh, sowie die vertrockneten Baumwollstauden in Betracht, die alljährlich verbrannt oder ungepflügt werden müssen, um sie zu beseitigen. Ueberhaupt würde das Pflanzenreich noch mancherlei Stoffe, die einstweilen nur lästige Abfälle sind, zur Herstellung von Papier bieten.

Aus irgend einer dieser Quellen würden sich vielleicht Papiermengen gewinnen lassen, mit denen England und nicht minder Australien und Südafrika, die ebenfalls der Nadelholzwaldungen entbehren, versorgt werden könnten.

Vor einem Jahrzehnt war die indische Papiererzeugung größer als die Einfuhr, während im Jahre 1911 — dem letzten Jahre, für das genaue statistische Nachrichten vorhanden sind — in indischen Papierfabriken für 11 Mill. M Papier hergestellt und für 15 Mill. M eingeführt wurde. Von dieser Einfuhr gingen 6 Mill. M nach Bombay und $4\frac{1}{2}$ Mill. M nach Kalkutta. England steht mit einer Einfuhr von insgesamt 9 Mill. M an der Spitze. Indessen ist die englische Einfuhr wahrscheinlich nicht ganz so groß, wie es nach der Statistik scheint. Es werden sich darunter auch Sendungen aus Schweden und Norwegen befunden haben.

Deutschland führte nach der indischen Statistik für 2,2 Mill. M Papier und Pappe nach Indien ein. Die größten Posten darunter bildeten Packpapier und Druckpapier, jedoch weisen auch andere Gruppen erhebliche Zahlen auf, so Buntpapier, Pappe, Seidenpapier, Gold- und Silberpapier, Zeichenpapier, Schreibpapier, Briefumschläge u. a.

Die Einfuhr von Druckpapier betrug 1911 15600 t. Davon kamen aus England 7550 t, aus Deutschland 3300 t, aus Oesterreich-Ungarn 200 t und aus Skandinavien 2200 t. Von Packpapier

und sonstigem Papier wurden 1911 25 000 t eingeführt, davon 17 250 t aus England, 3900 t aus Deutschland und 2100 t aus Skandinavien. Die Einfuhr von Pappe betrug 3800 t, davon 1800 t aus Holland, 1000 t aus England und 800 t aus Deutschland. Bei Schreibpapier ist nur der Wert angegeben. Die Einfuhr betrug 3,8 Mill. M; davon stammten für 2,5 Mill. M aus England, während aus Oesterreich-Ungarn für 440 000 M und aus Deutschland nur für 360 000 M kamen ¹⁾.

In Indien selbst bestanden 1911 9 Papierfabriken, von denen jedoch zwei nicht in Betrieb waren. Von den 7 arbeitenden Fabriken lagen die drei größten in Bengalen, drei weitere in der Residenzstadt Bombay, die letzte in Lucknow. Insgesamt verfügten die indischen Papierfabriken über ein Kapital von 7 bis 8 Mill. M. Sie stellten hauptsächlich billiges Druck- und Schreibpapier, Konzeptpapier, Löschpapier und Briefumschläge für die Regierung und für Privatleute her; die Erzeugung betrug 26 000 t im Werte von 11 Mill. M.

In Zukunft könnte Indien wohl durch einigermaßen geschickte Industriepolitik zur Erzeugung bedeutender Papiermengen in stand gesetzt werden. Ob davon aber viel für die Ausfuhr verfügbar bleiben würde, ist wegen des schnell zunehmenden Papierbedarfes im Lande selbst nicht abzusehen.

Dr. Ernst Schultze.

Polen als Absatzgebiet für die mitteleuropäische Maschinen- und Bauindustrie. Von L. K. Fiedler, Charlottenburg. Im Selbstverlage des Verfassers, 1916. 70 S. Preis 4,50 M.

Die Schrift gibt in gedrängter Darstellung eine Uebersicht über das wirtschaftliche Leben im Königreich Polen, soweit es für die industriellen Kreise Deutschlands und Oesterreich-Ungarns von Bedeutung ist. Nach einem Blick auf die geologische und geographische Gestaltung des Landes wird die wirtschaftliche Geschichte des Königreiches von 1815 bis 1914 kurz erzählt, dann werden der Reihenfolge nach die Landwirtschaft und die Industrie sowie deren ein-

¹⁾ Nachrichten für Handel und Industrie, 1914, Nr. 2.

zelle Zweige behandelt, von denen besonders dem Bergbau, der Eisenhüttenindustrie, der Maschinenindustrie und der Textilindustrie eingehende Betrachtungen gewidmet sind. Bei jedem der besprochenen Industriezweige ist ein kurzer Ueberblick über seine bisherige Entwicklung, seine Verteilung auf die einzelnen zehn Gouvernements, die Anzahl der beschäftigten Arbeiter, die Höhe der Erzeugung, die Ausfuhr und anderes gegeben, worauf die hauptsächlich in Frage kommenden Firmen genannt werden. Bildliche Darstellungen, die die Verteilung der Industrien auf die Gouvernements und die Anteile der einzelnen Industriezweige erkennen lassen, und die ferner die Einteilung der landwirtschaftlichen Flächen und die Verteilung der Anbauflächen der hauptsächlichsten Nährfrüchte in den einzelnen Gouvernements verdeutlichen, sowie übersichtliche Zahlentafeln tragen zum Verständnis des Ganzen wesentlich bei.

Als Anhang ist ein Abschnitt beigefügt, in dem die Aussichten, die

sich der Bauindustrie im Königreich bieten, eingehend besprochen werden. Auch hier sind Zahlentafeln eingestreut, aus denen u. a. die Einwohnerzahlen der größeren Städte, die Art und Bedachung der Wohnungen in den Städten nebst deren öffentlichen gemeinnützigen Anlagen ersichtlich sind, und die auch das Wissenswerte über die Wasserwege, die Eisenbahnen und die Straßen enthalten. Auch eine Uebersicht über das Vorkommen von Bausteinen und sonstigen Baustoffen ist eingefügt.

Das Werkchen enthält somit reichen Stoff zur Würdigung des Werdeganges und der wirtschaftlichen Verhältnisse Polens vor dem Kriege und eröffnet damit zugleich einen Ausblick auf die Gestaltungsmöglichkeiten in Landwirtschaft und Industrie, die sich ergäben, wenn Polen, herausgelöst aus dem russischen Reichsverbande, einen gesonderten Wirtschaftskörper bilden würde. Das Buch kann allen, die sich hierüber belehren wollen, auf das wärmste empfohlen werden. L.

WISSENSCHAFTSBETRIEB, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSWESEN.

Institut für internationale Privatwirtschaft.

Das vor Ausbruch des Krieges an der Handels-Hochschule in Berlin begründete Welthandels-Archiv soll zu einem Institut für internationale Privatwirtschaft ausgebaut werden. Diesem Zweck sollen ein Spezialseminar und Kurse für internationale Privatwirtschaft dienen, in de-

nen von Fachleuten die wichtigeren ausländischen Wirtschaftsgebiete in geschlossenen Vortragsreihen behandelt werden.

Die erste dieser Vortragsreihen wird die Türkei zum Gegenstande haben. Ausführliche Programme werden vom Sekretariat der Handels-Hochschule ausgegeben. Die Vorträge beginnen am 8. November d. J.